Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krestin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 103. **Halle, Dienstag den 7. Mai 1918.** **2. Jahrgang.**

Angebliche Friedensvorschläge erfunden.

Die aus Amsterdam verbreitete Meldung englischer Blätter, wonach ein Holländer im Auftrage des Staatssekretärs von Kühlmann einer hochgestellten Persönlichkeit der englischen Regierung bestimmte Friedensvorschläge gemacht habe, beruht auf völlig freier Erfindung. Die an die Meldung geknüpften Schlußfolgerungen der englischen Presse erledigen sich dadurch von selbst.

Die Größe der deutschen Erfolge

wird wirksam dadurch beleuchtet, daß auf den Schlachtfeldern der Somme und in Flandern General Foch gezwungen wurde, den größten Teil seiner Heeres-Reserven zur Unterstützung der geschlagenen Engländer einzusetzen. Es wurden bereits 44 Infanterie-Divisionen, darunter 3 zum zweitenmal, und außerdem 5 Kavallerie-Divisionen in den Kampf geworfen, in Summe also 52 französische Divisionen infolge der englischen Niederlagen eingesetzt. Jede dieser Divisionen hat während der deutschen Offensive und ebenso im Laufe der zahlreichen, stets vergeblichen französischen Gegenangriffe aufs schwerste bluten müssen. Wie nötig die französische Hilfe für die Engländer war, geht daraus hervor, daß von den gesamten 59 englischen Infanterie-Divisionen in Frankreich bereits 56 an den Großkampffronten und von diesen 23 zweimal und 2 Divisionen sogar dreimal eingesetzt werden mußten. Im ganzen also hat England 80 Divisionen während der kurzen deutschen Offensive in den Kampf geworfen. England und Frankreich haben im ganzen bereits 132 Divisionen an der von der deutschen Führung erzwungenen Front in die Schlacht geführt. Die belgischen, portugiesischen und amerikanischen Truppen sind hierbei noch nicht mitgerechnet.

Schwere blutige Verluste der Feinde.

Die zum größten Teil marschfähigen deutschen Verwundeten aus den Gefechten der letzten Tage bestätigen übereinstimmend die schweren blutigen Verluste des Feindes. Besonders die hartnäckig und vergeblich wiederholten Gegenangriffe der Franzosen kosteten diese furchtbare Opfer an Toten und Verwundeten, die größtenteils noch zwischen beiden Fronten liegen. Besonders auffallend ist, daß die Deutschen in Flandern fast nur noch mit Franzosen, nur selten mit Engländern zu kämpfen hatten, was mit Recht auf die gewaltigen Verluste zurückgeführt wird, die die Engländer im Verlauf der deutschen Offensive erlitten haben. Die französischen Verwundeten, die auf derselben Krankensammelstelle in gleicher Weise wie die Deutschen verpflegt wurden, bestätigen ebenfalls die Angabe der deutschen Soldaten über die verheerenden Verluste ihrer besten Angriffstruppen bei den wieder von neuem angesetzten Sturmversuchen.

Gefangene des 1. belgischen Jägerregiments, die vorgestern bei Kippe in deutsche Hand fielen, geben an, daß ihre Kompagnie im letzten Gefecht von 125 Mann Gefechtsstärke 80 Mann verloren habe. Ersatz sei bisher nicht eingetroffen. Die Stimmung unter den Belgiern ist seit der Räumung des alten Schlachtfeldes von Ypern außerordentlich verschlechtert, da durch die Schuld der Engländer immer mehr von dem kleinen Rest belgischen Bodens verloren geht. Was übrig bleibt, ist sowieso durch die jahrelangen Kämpfe so gut wie zerstört. Die Belgier schieben die Schuld an der endlosen Fortsetzung des Krieges lediglich den Engländern zu, die für das Wohl Belgiens kein Interesse hätten. Besonders mißgestimmt ist der belgische Soldat darüber, daß der Engländer es wagt, die belgische Armee, aus deren Tapferkeit und Aufopferung England dauernd die größten Vorteile gezogen hat, als minderwertig zu bezeichnen.

Die Fernbeschießung von Paris.

Am 19. April schlug eine Granate dicht vor dem Kriegsministerium ein und zertrümmerte fast alle Fensterscheiben und Lampen. Eine große Anzahl von Beamten des Ministeriums wurde durch Splitter und Mauerteile verletzt.

Eine englische Siegesbotschaft.

Der britische Bericht vom 4. Mai nachmittags 7.30 Uhr meldet: „Die auf dem rechten Flügel unserer Verbündeten kämpfenden britischen

Deutscher Heeresbericht vom 6. Mai.

Großes Hauptquartier, 6. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Im flandrischen Kampfgebiet führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Ein feindl. cher Teilangriff südlich von Loker scheiterte. Am frühen Morgen vorübergehend heftiger Artilleriekampf zwischen Ypern und Bailleul. Tagsüber lag nur der Kemmel unter stärkerem Feuer.

Auf dem Nordufer der Lys, am La Bassee-Kanal und in einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes beiderseits der Somme lebte die Feuertätigkeit am Abend auf. Erkundungsgefechte und Vorstöße in die feindlichen Linien bei: Hangard und südwestlich von Brimont brachten Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In Vorfeldkämpfen mit Amerikanern südwestlich von Blamont und mit Franzosen am Hartmannsweilerkopf machten wir Gefangene.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

[illegible] in der Nähe von Meteren".

Diese Meldung ist völlig frei erfunden. Die Engländer sind während des großen französischen Gegenangriffs nicht aus ihren Gräben herausgekommen, obwohl sie Befehl hatten, mit der dort liegenden Division die französischen Wiedereroberungsversuche des Geländes, das zum Teil von den Briten selbst verloren worden war, zu unterstützen. Sie haben diese blutige Aufgabe ihren französischen Waffengenossen allein überlassen.

Von den englischen Kulturträgern.

Man kann nicht sagen, daß die Engländer in Erwartung amerikanischen Munitionsnachschubs untätig wären und daß sie nicht selbst nach Möglichkeit ihre Waffen zu verbessern suchten. Aber die Richtung, in der ihr Erfindungsgeist forscht, ist mit ihrem sonstigen Bemühen, sich als erstes Kulturvolk hinzustellen, schwer in Einklang zu bringen. Die Dum-Dum-Geschosse verschiedener Art werden für spätere Zeiten ein wertvolles Dokument britischer Grausamkeit bilden. Von Geschossen mit abgefeilter, angekratzter und abgebrochener Spitze an, bis zu den Vollmantelgeschossen von äußerlich normalstem Aussehen, aber mit geteiltem Geschoßkern und Einlagen aus Blei, Aluminium und in Papier eingebetteten Splittern, ist in diesen Erzeugnissen englischer Kultur alles vertreten, was eine verbrecherische Phantasie an raffinierter Roheit auszudenken imstande ist. Die Dum-Dum-Geschosse sind eben „made in England"! Das sagt alles!

*

Die Haager Zeitung Het Vaterland schreibt in einer Betrachtung über die von den Engländern an der Westfront verwandten völkerrechtswidrigen Geschosse, die die deutschen Truppen auf den Schlachtfeldern an der Somme und Lys erbeuteten, es handelte sich hierbei nur um Spezialgeschosse zur Flugzeugbekämpfung. Diese Erklärung muß als völlig haltlos zurückgewiesen werden. Das holländische Blatt, dessen Urteil sonst in hohem Rufe steht, scheint in diesem Falle einer plumpen englischen Tatsachenentstellung zum Opfer gefallen zu sein. Es ist nicht bekannt, daß irgendeine Macht Spezialgeschosse verwendete, die besonders zum Zerreißen der Tragflächen von Flugzeugen hergestellt wären. Solche Geschosse können nicht den geringsten praktischen Erfolg versprechen. Die Aufrede, die England erfunden hat, um vor den Neutralen sein völkerrechtswidriges Verhalten den deutschen Truppen gegenüber zu bemänteln, ist zu plump, um Glauben finden zu können.

Weckerle zum ungarischen Ministerpräsident ernannt.

Budapest, 7. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht nachstehendes kaiserliches Handschreiben:

Lieber Dr. Weckerle!

Neben der Lösung wichtiger sozialer und den Aufschub nicht duldender nationaler und wirtschaftlicher Fragen liegt uns unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die große Aufgabe des Ausbaues des ungarischen nationalen Staates und Wahrung seiner Interessen ob. Die Erreichung dieser großen Ziele erfordert die Entfaltung der ganzen Kraft der Nation, und aus diesem Grunde halte ich es im Interesse der produktiven Tätigkeit für wünschenswert, daß die Ausdehnung des Wahlrechts, welche die wirtschaftlichen und politischen Kreise in fortwährender Aufregung hält, im gegenseitigen Einvernehmen je eher in einem Sinne verwirklicht werde, wie ich dies in meinem Handschreiben vom 28. April 1917 bezeichnet habe. Ich wünsche den unversehrten gesetzlichen Einfluß meiner ungarischen Regierung auf die Führung der gemeinsamen Angelegenheiten zu sichern und es ist mein lebhaftes Verlangen, daß das durch meine bisherige Regierung aufgestellte und von mir genehmigte Programm vollkommen verwirklicht werde.

Wenn dies zu meinem Bedauern und gegen meine Erwartung im gegenseitigen Einvernehmen nicht erreichbar sein würde, so ermächtige ich Sie und meine Regierung, wie sehr ich auch Neuwahlen während der Dauer des Krieges zu vermeiden wünsche, daß Sie im Interesse der Sicherung der Wahlrechtsfrage und des Programms der Regierung zu Neuwahlen schreiten können.

Auf dieser Grundlage ernenne ich Sie neuerdings zu meinem ungarischen Ministerpräsidenten bzw. bestätige ich Sie in Ihrer bisher innegehabten Stellung und erwarte Ihre Vorschläge betreffend Neuordnung der Regierung.

Baden, 5. Mai 1918.

Karl m. p. Weckerle m. p.

Deutschland und die internationale Reaktion.

Eine hohe Welle des Mißmuts schlägt über das deutsche Volk. Schon das nahende fünfte Kriegsjahr, die schweren opferreichen Kämpfe im Westen mit ihren notwendigen Intervallen und das notwendig immer steigende Wachsen aller fortdauernden Kriegsopfer stellt eine sehr schwere Belastungsprobe dar. Dazu kommt dann die herausfordernde Ablehnung des gleichen Wahlrechts und die Drohung der drei Milliarden neuer schlechter Steuern, Herausforderungen, denen der Gewinn der nunmehr erreichten Aufhebung des § 153 nicht entfernt ein genügendes Gegengewicht bietet. Endlich glaubte man im Osten Frieden zu haben und empfing täglich Berichte über blutige Schlachten in Finnland und der Krim, über Verhaftungen und Umsturz in der Ukraine, über Mißhelligkeiten in allen besetzten Ostgebieten. Was wunder, daß sich wieder einmal der Eindruck aufzwingt, die ganze deutsche Politik werde grundverfehlt geleitet und die ganze Arbeit von Brest-Litowsk sei vertane Mühe gewesen.

Trotz der Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages kann die Oeffentlichkeit noch nicht klar sehen, was eigentlich in der Ukraine vorgeht. Aber unberührt von den Einzelheiten der dortigen Ereignisse, von zugegebenen oder abgestrittenen Fehlgriffen der deutschen Militärbehörden bleiben die allgemeinen Betrachtungen über die Lage im Osten richtig, die uns vor schnellem Aburteilen bewahren müssen.

Das ganze frühere russische Reichsgebiet macht eine ungeheure politische und soziale Umwälzung durch. Nun hätte Deutschland sich vielleicht auf den Standpunkt stellen können, daß die früheren russischen Untertanen nur zusehen sollten, wie sie damit fertig werden wollten; man hätte dann nach der Demobilisierung des russischen Heeres die deutschen Truppen an die alte Ostgrenze des Reiches zurücknehmen können und wäre nicht in Gefahr gewesen, sich alle Tage bald hier bald dort am russischen Hexenkessel die Finger zu verbrennen.

Aber dieser „Verständigungsfriede" hätte Deutschland nicht nur politisch jeder Einflußnahme auf die Formen der staatlichen Neubildung im Osten beraubt, sondern hätte auch in keiner Weise eine wirtschaftliche Entlastung der Heimat in ihren Kriegsnöten herbeizuführen vermocht. Hätte man ganz Rußland sich selbst überlassen, so wäre die Entwicklung wohl überall die gleiche gewesen wie jetzt in Großrußland. Die extremste revolutionäre Richtung, die Bolschewiki, hätten die Regierung in die Hand bekommen, und es gibt wohl kaum einen Menschen in Deutschland, der glaubt, daß dieser überaus primitive Sozialismus geregelte wirtschaftliche Tätigkeit herzustellen und irgendwelche Ueberschüsse an Deutschland abzugeben vermöchte. Inmitten der sozialen Revolution in ganz Rußland konnte kein Friede uns unmittelbar Nahrungsmittel oder Rohstoffe verschaffen, die wir uns nicht selbst dort holen.

So ist es auch in der Ukraine gekommen, mit der wir bekanntlich zuerst einen reinen Verständigungsfrieden geschlossen haben. Die befreundete Regierung selbst rief uns zu Hilfe, da sie sich sonst nicht behaupten konnte. Es handelt sich jetzt im Osten durchweg um Staaten, die erst werden sollen, Staaten ohne Behördenapparat, ohne Heer, ohne Geld, ohne wirkliche Macht. Hinzu kommt in der Ukraine, daß die Regierung sich mit der Masse der Bevölkerung nicht einmal verständigen kann. In den Städten spricht und schreibt man russisch, und die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung spricht zwar ukrainisch, kann aber nicht lesen.

Auf dem Papier nahm sich die Regelung der deutsch-ukrainischen Beziehungen wundervoll aus. Die ukrainische Regierung sollte große Getreidemengen sammeln und unter Ausschaltung des Handels, Kontingent gegen Kontingent mit Deutschland austauschen. Nur daß in Wirklichkeit die paar Professoren, Rechtsanwälte und Studenten, welche als berufene geistige Führer des ukrainischen Volkes die erste Regierung der Volksrepublik gebildet hatten, keinerlei Apparat besaßen, das versprochene Getreide auch wirklich zusammenzubringen. Das herbeigerufene deutsche Besatzungsheer kam ins Land. Schon wo eigene Militärbefehlshaber die Gewalt in Händen haben — man denke etwa an das elsaß-lothringische Operationsgebiet — geht es nicht ohne Reibungen und Mißstimmungen ab. Nun gar erst im fremden Land ohne feste Zivilbehörden! Scharfe Konflikte sind ausgebrochen, bei denen man noch nicht überall den Schuldigen feststellen, bei denen die Frage nach den Schuldigen vielleicht überhaupt zwecklos ist.

Inzwischen ist in der Ukraine die Regierung von einem Kosakengeneral, der die Unterstützung der Grundbesitzer genießt, mit bewaffneter Gewalt gestürzt worden. An die Stelle der Republik ist ein fast unumschränkt herrschender Kosakenhetmann getreten. Diese Reaktion mag unvermeidlich sein und wird vielleicht auch eines Tages in Großrußland kommen. Aber so bestimmt auch die deutsche Regierung erklären mag, daß sie mit diesem reaktionären Gewaltakt nichts zu tun habe, so fest wird die Welt das Gegenteil glauben. Wir stehen in Finnland auf Seite der Weißen gegen die Roten, in der Ukraine mit dem Hetmann gegen die früher herrschenden Sozialrevolutionäre, in den baltischen Ländern mit der herrschenden deutschen Oberschicht gegen die breiten Massen. Das mag alles aus dem Zwang der Verhältnisse herauswachsen und nicht zu umgehen sein; es mag logisch aus der Tatsache

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180507-12/fragment/page=0001

folgen, daß Deutschland sich einmal entschlossen hat, im eigenen politischen und wirtschaftlichen Interesse am staatlichen Wiederaufbau der Grenzländer mitzuarbeiten.

Aber unleugbar wird so der Eindruck erweckt, als spiele Deutschland die Rolle des Preisfechters der internationalen Reaktion, als stütze Deutschland überall die herrschenden und besitzenden Klassen gegen die Volksfreiheit. Wäre es tatsächlich so, müßte es die Widerstände der demokratischen Kreise in der ganzen Welt, auf die wir zur Erreichung des Friedens doch in erster Reihe rechnen müssen, gegen Deutschland masslos verstärken und zugleich bei uns im Lande der Ententeagitation neuen Boden schaffen, daß der Krieg gegen Deutschland ein Freiheitskampf sei. Nur die sofortige Durchsetzung des gleichen Wahlrechts in Preußen kann diese Gefahr beschwören. Sie ist ein unabweisbares Gebot auch der deutschen Außenpolitik.

Die sächsischen Nationalliberalen und das Wahlrecht.

Der Nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen wird nächsten Sonntag in Leipzig eine Vertreterversammlung abhalten, um zu der Frage der Reform des Landtagswahlrechts Stellung zu nehmen. Die Wahlrechtsfrage brennt auch den sächsischen Nationalliberalen auf den Nägeln. Während sie sich bis in die ersten Kriegsjahre hinein der Frage der Abänderung des Pluralwahlrechts in holder Eintracht mit den Konservativen gegen jede Aenderung des Wahlrechts unbedingt ablehnend verhielten, haben sie in der letzten Zeit eine immerhin bemerkenswerte Schwenkung gemacht. Der bekannte Schulmann Dr. Seyfert ist in dem außerordentlichen Ausschuß für politische Neuordnung in der Zweiten Kammer für die Einführung des gleichen Wahlrechts unter Anwendung des Verhältnisverfahrens eingetreten. In der nationalliberalen Fraktion stand er damit ganz allein und im Ausschuß fand er nur die Unterstützung der Fortschrittler. Später haben die Nationalliberalen sich auf ein gemildertes Pluralsystem geeinigt, wonach statt 3 wie heute künftig 2 Zusatzstimmen gewährt und diese auch nicht vom Vermögen, dem Einkommen oder der Bildung abhängig sein, sondern nur nach sogenannten neutralen Momenten, wie dem Alter und Familienstand, gewährt werden sollen. Gespannt darf man nun sein, wie sich die nationalliberale Vertreterversammlung am Sonntag entscheiden wird. Als kürzlich der nationalliberale Verein für Plauen seine Jahresversammlung abhielt und hier über die Verhandlungen des nationalliberalen Zentralvorstandes für das Reich zur preußischen Wahlrechtsfrage berichtet wurde, lehnte die Versammlung den im Zentralvorstand bekanntlich mit mehr als Vierfünftelmehrheit gefaßten Beschluß für das gleiche Wahlrecht ab, während der sächsische Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Dr. Brüß, der Einführung des gleichen Wahlrechts und dem Verhältnisverfahren das Wort redete. Auch der bekannte Alldeutsche Prof. Dr. Brondenburg hat sich in einer Ausprache in der Jahresversammlung des Leipziger nationalliberalen Vereins in den letzten Tagen für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Das will schon etwas heißen. Von dem zum Berichterstatter auf der nächsten Sonntag in Leipzig stattfindenden Vertreterversammlung bestimmten Vorsitzenden der nationalliberalen Landtagsfraktion, dem Abg. Nitzsche aus Deutzsch, darf man dagegen annehmen, daß er mehr ein sächsischer Lohmann, also ein Gegner des gleichen Wahlrechts ist. Es würde auf die Oeffentlichkeit sicher einen besseren Eindruck gemacht haben, wenn Abg. Dr. Seyfert oder mindestens der Abg. Dr. Zörbel, der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, zum Redner bestellt worden wäre. Auch der Umstand, daß die Verhandlungen geheim geführt werden sollen, erlaubt es gerade nicht, den Beschlüssen dieser Vertreterversammlung mit Optimismus entgegenzusehen. Nun, wir werden ja sehen. Am Ende wird das gleiche Wahlrecht auch in Sachsen kommen müssen, mögen die Nationalliberalen wollen oder nicht.

Die Vorgänge in der Ukraine.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags protestierte am Montag Abgeordneter **Ebert** zunächst gegen die Art, wie der amtliche Bericht abgefaßt und der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Auf seinen Antrag wird die **Vertraulichkeit der Verhandlungen aufgehoben** und damit die Berichterstattung **freigegeben.** Abg. Ebert forderte dann weiter, daß Material über die Vorgänge in der Ukraine vorgelegt werden soll, insbesondere müsse man **näheres über die Zusammensetzung der neuen Regierung** erfahren.

Unterstaatssekretär von dem Busche verlas daraufhin ein Telegramm des Botschafters Freiherrn v. Mumm, in welchem gesagt wurde, es handle sich bei der neuen Regierung um ein reines Arbeitsministerium, von dem durchaus nicht behauptet werden könne, es sei deutschfeindlich gesinnt. Der neue Hetmann der Ukraine könne ebenfalls nicht als deutschfeindlich bezeichnet werden. Er sei übrigens nicht Russe, sondern Ukrainer.

Abg. Haas (Freis. Vp.) übt dann scharfe Kritik an der Ukrainepolitik. Der Friede mit der Ukraine sei immer noch nicht ratifiziert, weil das Geheimabkommen, das mit der Ukraine getroffen wurde, noch nicht erfüllt worden ist. **Das Austreten der Militärs lasse die Gefahr in greifbarer Nähe erscheinen, daß alles wieder zerstört werde, was im Laufe der Jahre errungen worden ist.** Die Reichsregierung muß auf alle Fälle dafür sorgen, daß sie die Leitung in der Hand behält und daß verhütet wird, daß **jeder Militärbefehlshaber auf eigene Faust handeln kann.** Das Vorgehen gegen die Rada, das nach dem Rezept des Herrn v. Oldenburg-Januschau erfolgt ist, stehe beispiellos da und müßte in der Bevölkerung der Ukraine große Erbitterung auslösen. Es unterliege auch gar keinem Zweifel, daß wir dort lediglich im Interesse der **Großgrundbesitzer** gehandelt haben, die mit der Grundbauteilung durchaus nicht einverstanden sind. Der Redner geht dann über auf die Verhältnisse in den baltischen Provinzen und fragt, ob es richtig sei, daß die **ethnische Abordnung,** die man in Berlin nicht hören wollte, jetzt nach London gereist ist, um dort Anschluß an die Entente zu suchen. **Wenn man der Heeresleitung und dem Militärbefehlshaber völlig freie Hand lassen wolle, dann sei es besser, ihnen auch gleich die politische Verantwortung aufzubürden.**

Abg. Stresemann vermutet, daß eine Reihe von Mißverständnissen unterlaufen sei. Er bemerkt, daß niemand Freude an den Vorgängen in der Ukraine empfinden könne und daß unsere Politik allerdings dazu führen könne, daß nicht eine Schwächung, sondern eine Wiederherstellung Großrußlands eintreten werde. Auf der anderen Seite käme aber in Frage, daß die Ukraine nicht erfüllt habe, was versprochen worden sei, und daß wir deshalb genötigt waren, die Durchführung der Vereinbarungen selbst in die Hand zu nehmen. Das Vorgehen gegen die Rada sei keineswegs zu billigen, aber es stelle sich auch heraus, daß ein großer Fehler darin liege, daß man einen Diplomaten nach Kiew gesandt habe, der zum erstenmal in dieses Land komme. Es wäre weit besser gewesen, wenn man sowohl nach Kiew wie nach Moskau tüchtige Kaufleute geschickt hätte. Im Osten sei noch alles im Fluß und deshalb sei es durchaus richtig, wenn eine **kurzfristige Politik** getrieben werde, die den Bedürfnissen der Stunde Rechnung trüge. Wenn die **deutsche Regierung mit der neuen Regierung der Ukraine arbeiten könne, solle sie es tun.** Der Redner empfiehlt dann weiter, man möge Letten in die deutsche Verwaltung nehmen, damit die Letten sehen, daß sie auch in Deutschland vorwärts kommen.

Abg. Freiherr **v. Gamp** findet das Vorgehen in der Ukraine ganz in Ordnung und stellt an die Regierung die Frage, ob denn die russische Regierung bei ihr angefragt habe, ob ihr Herr Joffe als Botschafter genehm sei. Daraus, daß Herr Joffe mit Sozialdemokraten verkehre, unter denen sich vielleicht auch deutschfeindliche befänden, könnten die „größten Bedenken" entstehen.

Die Beratungen sollen am Dienstag zu Ende geführt werden.

Die Beratung der Herrenhausvorlage.

Das **Preußische Abgeordnetenhaus** hat am Montag die Herrenhausvorlage in zweiter Lesung weiter beraten. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um den § 4, der den Kreis derjenigen Personen aufzählt, die auf 12 Jahre oder für die Dauer ihres Amts ins Herrenhaus berufen werden. **Es lagen hierzu eine große Reihe von Abänderungsanträgen vor,** u. a. ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Zahl der Vertreter der Landwirtschaft zu verringern, dagegen die der Vertreter der Arbeiter von 24 auf 48 und die der Vertreter der Angestellten von 16 auf 32 zu erhöhen. Die Fortschrittler beantragten gleichfalls eine Erhöhung der Vertreter der Angestellten auf 32, dagegen wollten sie sich, ebenso wie das Zentrum, mit 36 Arbeitervertretern begnügen.

Genosse **Hue** führte u. a. aus, daß der § 4 für die zukünftige Gestaltung des Herrenhauses von einschneidender Bedeutung sei. Er wies nach, wie ungleichmäßig die einzelnen Klassen in Zukunft im Herrenhaus vertreten sein sollen und wie namentlich die **Arbeiter entrechtet** werden, während der Landwirtschaft eine Vertretung eingeräumt werden soll, die weit über ihre Bedeutung hinausgeht. Auch die Entrechtung der Kriegsteilnehmer zog Genosse Hue in den Kreis seiner kritischen Betrachtung. Er schloß mit der Warnung an die Konservativen, diesem Volke, dem man schon so viel zugemutet habe, nun **nicht auch noch die** weiteren Beschlüsse zum Herrenhaus und die Ablehnung des gleichen Wahlrechts zum Abgeordnetenhause zuzumuten. **Die Situation sei mit Konfliktsstoff innerer und äußerer Natur geladen. Wir kennen noch nicht das Ende des Krieges** und die innerpolitische Situation ist derart, daß es angebracht erscheint, an das Wort Theodor Mommsens zu erinnern: „Zhr treibt es arg! Ich fürcht', es breche, nicht jeden Wochenschluß macht Gott die Zeche."

Im weiteren Verlauf der Debatte kam der Vertreter der **Unabhängigen, Ströbel,** zu Worte, der sich gegen die ganze Institution des Herrenhauses wandte und im übrigen aufs heftigste gegen die „Regierungssozialisten" im allgemeinen und gegen unseren Genossen Haenisch im speziellen wetterte. Er besaß — gelinde gesagt — die Geschmacklosigkeit, den Genossen Haenisch, weil dieser in seiner Rede vom Sonnabend sich auf Marx berufen hatte, als „Leichenschänder" zu bezeichnen. Diese Art und Weise, wie Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gegen Verfechter der gleichen Forderung in einem Moment polemisieren, wo es mehr als je auf die Einheitlichkeit aller fortschrittlichen Politiker ankommt, erregte auf der äußersten Rechten große Genugtuung. Man merkte es den Herren förmlich an, wie sie sich über das Auftreten des Ströbel freuten, und nicht mit Unrecht konnte der Abg. **Gronowski** vom Zentrum erklären, daß Ströbel durch seine Ausführungen **der Idee des gleichen Wahlrechts keinen guten Dienst geleistet habe.**

Die Abstimmung ergab die Annahme des § 4 unter Ablehnung fast sämtlicher Anträge. Nur einige Anträge, die die Vertreter der kleinen Landwirtschaft etwas besser stellen wollen als es die Kommissionsfassung vorsieht, gelangten zur Annahme. Die übrige Debatte über die Herrenhausvorlage war belanglos.

Nach Erledigung der Vorlage über die Zusammensetzung des **Herrenhauses begann in vorgerückter Stunde die Beratung der Verfassungsvorlagen,** und zwar wurden zunächst die Sicherungsanträge des Zentrums und der Freikonservativen zur Beratung gestellt. Der Minister **des Innern gab** hierzu die Erklärung ab, **die Regierung würde voraussichtlich bereit sein, auf den Boden dieser Sicherungen zu treten,** wenn **durch ein Zustandekommen des Verfassungsreformwerkes** im ganzen in einem für die Regierung annehmbaren Sinne sichergestellt werden würde. Der konservative Führer **v. Heydebrand** bemerkte, daß die Anträge, die für Aenderungen der Verfassung eine qualifizierte Mehrheit erzielen, seinen Freunden „sympathisch" seien. Es sei wohl möglich, daß sie in einem späteren Stadium dafür stimmen würden. **Dagegen** stellte er sich den Sicherungsanträgen des Zentrums weniger geneigt gegenüber.

Deutscher Reichstag.

159 Sitzung. Montag, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. **von Stein.**

Die zweite Beratung des

Etats des Reichswirtschaftsamts

wird fortgesetzt.

Abg. Hoch (Soz.):

Dr. Mildgrube rief die bürgerliche Gesellschaft auf zum Kampf gegen den Bampyrbiß der Sozialdemokratie. Das zeigt, daß er keine Ahnung vom Wesen der Sozialdemokratie hat. Dr. Schulze-Gävernitz faßt den Sozialismus auf als die Polizeiwirtschaft, wie sie unter Friedrich dem Großen bestand. Weiß der Herr Professor wirklich nicht, daß der sozialistische Staat das gerade Gegenteil des aufgeklärten Polizeistaates Friedrichs ist? Der sozialistische Staat ist ja gerade der Staat der wirtschaftlichen Freiheit für die Arbeiter. Die Wirtschaft zum Nutzen der Unternehmerverbände, wie sie Herrn Mildgrube als Ideal vorschwebt, ist unvereinbar mit der Freiheit des Volkes, vielmehr muß die ganze Wirtschaft aufgebaut werden und durchgeführt werden

durch und für das arbeitende Volk.

Die Fragestellung „Freie oder gebundene Wirtschaft" ist irreführend. Wir haben schon längst vor dem Kriege in den wichtigsten Industrien die Kartelle und Syndikate und den andauernden Rückgang des Mittelstandes gehabt. Der Kriegssozialismus hat sich, sagt man, nicht bewährt, und deshalb effekt man gegen den Sozialismus überhaupt. In Wahrheit ist der Kriegssozialismus das Gegenteil von Sozialismus, er ist nichts als kapitalistische Kriegswirtschaft. Man hat viel zu spät und dann nur halb eingegriffen. **Alle Kriegsmaßnahmen mit einemmal** aufheben, heißt, der schlimmsten Ausbeutung und dem

schlimmsten Wucher freie Bahn schaffen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Frage steht jetzt klar so: Kapitalistische oder sozialistische Wirtschaft. Ein Mittelding gibt es nicht. Deshalb mache ich mir auch keine Illusionen über die Tätigkeit des ersten Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts. Und wenn er der tüchtigste Mann wäre, er kann das nicht leisten, was die Zeit erfordert, weil er eben nicht Sozialist ist. Die furchtbarsten Folgen des Krieges werden ja erst in der Uebergangszeit kommen und da wird der Staatssekretär versagen, weil er eben in kapitalistischen Anschauungen befangen ist. Der Staatssekretär will sich bemühen, die Wunden zu heilen, die der Krieg uns geschlagen. Wie soll das geschehen, wenn die Rüstungen nach dem Friedensschluß weitergehen. Deshalb darf beim Friedensschluß nicht auf Ländererwerb gesehen werden, sondern

es muß eine Verständigung über eine allgemeine Abrüstung gesucht werden.

Wir brauchen Rohstoffe, deshalb müssen die Verbindungen für unsern auswärtigen Handel wieder angeknüpft werden. Statt dessen säen wir ungeheuren Haß, und solche Annexionsreden wie die des Dr. Mildgrube fördern den Haß gegen uns.

Denn im Ausland weiß man nicht, ein wie kleiner Teil des Volkes hinter Herrn Dr. Mildgrube und seinesgleichen steht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Herren und auch der Staatssekretär wollen dem Mittelstand helfen? Wie denn? Der Staatssekretär sagt selbst, alle Kräfte müssen in den Dienst der Arbeit gestellt werden. Damit erkennt er selbst an, daß man den Großbetrieb möglichst fördern wird. (Hört, hört! rechts!) Jawohl, denn das ist die Mehrheit; das Großkapital wird noch mächtiger werden und noch rücksichtsloser auftreten. Und da gilt es für den Staatssekretär auf dem Posten zu sein und

für Arbeiterschutz und Angestelltenschutz zu sorgen.

Ich erinnere z. B. an die Verabredung der 19 Berliner Metallindustriellen, niemanden zu engagieren, der von einem dieser Betriebe weggegangen sei. Der Reichskanzler hat seinerzeit auf eine Anfrage hierüber durch einen Vertreter des Reichswirtschaftsamts erklären lassen, daß ihm nichts darüber bekannt sei. Zur wirksamen Erfüllung der Aufgaben des Reichswirtschaftsamts gehört freilich ein Beamtenstand, wie wir ihn nicht haben. Unser Beamtenstand mit seinem Dünkel und seiner Bevormundungssucht dem Publikum gegenüber hat völlig versagt.

Die wahnsinnig hohen Kriegsgewinne

dieser Gesellschaften, die zur Verschleierung, zur Erhöhung des Aktienkapitals geschrieben sind, hätte das Reichswirtschaftsamt und die Reichsleitung den Gesellschaften nicht belassen dürfen, das Ermächtigungsgesetz gab die Handhabe, diese Gewinne zu einem großen Teil für das Reich in Anspruch zu nehmen. Auch auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes sollte das Reichswirtschaftsamt energisch vorgehen und dafür sorgen, daß die bei Kriegsbeginn außer Kraft gesetzten Schutzbestimmungen im weiten Umfange zur Geltung kommen. Dabei darf der Staatssekretär sich nicht nur auf Gutachten der Unternehmer, sondern auch auf solche der Arbeiter stützen.

Auch soll er nicht vor einem Eingreifen gegen die ganz großen Unternehmer zurückschrecken.

Aber ich hoffe nicht auf einzelne Personen und auf die bürgerlichen Parteien — man braucht sich ja nur an den Eiertanz der Herren vom Zentrum und des Herrn Rießer bei der Frage des Eingriffs der Staatsgewalt während der Uebergangswirtschaft zu erinnern. Ohne Kampf des arbeitenden Volkes wird auch auf diesem Gebiete nichts erreicht werden. Die Gegensätze werden auch nach dem Kriege wieder aufeinanderstoßen, aber

das arbeitende Volk wird seinen Willen durchsetzen.

Dieser Krieg ist ein Krieg der Massen, seine Opfer, die wirtschaftlichen und politischen, sind aus der Masse gekommen, und das Volk geht aus dem Krieg heraus mit der Ueberzeugung, wer die Opfer trägt, muß auch die Rechte haben. Das Volk wird sich die Wirtschaft von vor dem Kriege nicht mehr gefallen lassen. Je größer die Opfer waren, desto größer muß auch der aus ihnen entspringende Segen sein. Und dieser Segen wird sein

der Sieg des arbeitenden Volkes

(Beifall b. d. Soz.)

Verständigung mit Holland.

Wie den Blättern aus dem Haag gemeldet wird, ist der Zweiten und der Ersten holländischen Kammer folgende schriftliche Mitteilung des **Ministers des Auswärtigen** zugegangen:

Die **Spannung,** die in dem Verhältnis zwischen Holland und Deutschland eine Zeitlang bestanden hatte, ist **gehoben.** Die deutsche Regierung verlangte von der holländischen Regierung einige Maßregeln, die in ihrer ursprünglichen Form nur teilweise für die Bewilligung in Betracht kamen.

Sie verlangte **erstens** die Wiederaufnahme der seit dem 15. November 1917 eingestellten Durchfuhr von Deutschland nach Belgien auf den niederländischen Wasserwegen von Sud, Kies und Steinschlag, ohne auf die Bedingung der holländischen Regierung einzugehen, daß zunächst durch eine Kommission von Sachverständigen in Belgien eine Untersuchung darüber angestellt werden sollte, wie das früher durchgeführte Material verwendet wurde. Gegen eine derartige Durchfuhr unbeschränkter Mengen ohne Kontrolle wehrte sich die holländische Regierung sofort, da sie ihrer wohlbekannten Auffassung von ihren Neutralitätspflichten widersprochen haben würde. Die deutsche Regierung nannte darauf selbst eine Höchstziffer für die zu gestattenden Mengen, nämlich 1 600 000 Tonnen jährlich. Damit entfielen für die holländische Regierung die prinzipiellen Bedenken, die sie geäußert hatte, denn die von der deutschen Regierung genannte Ziffer blieb unter dem Maximum, das sie in ihrem den Generalstaaten bekannten Schriftwechsel als für die gewöhnliche Unterhaltung und Reparatur der belgischen Straßen notwendig bezeichnet hatte. Die holländische Regierung konnte darum auch ohne große Schwierigkeit die von ihr in letzter Instanz gestellte Bedingung fallen lassen, daß eine Kontrollkommission in Belgien zugelassen werden solle, ehe die Durchfuhr wieder aufgenommen werden könne, eine Bedingung, die die deutsche Regierung jetzt für unannehmbar erklärt hatte. Die holländische Regierung hat diese Regelung um so eher annehmen können, da auf die Ersuchen die deutsche Regierung sich bereit erklärte, die Nichtverwendung der durchzuführenden Materialien für militärische Zwecke in den auszuwechselnden Noten ausdrücklich festzusetzen.

Zweitens verlangte die deutsche Regierung die unbeschränkte **Ausfuhr von Kies aus Holland** nach Belgien bis zu einem Höchstbetrage von 250 000 Tonnen monatlich. Es war nämlich infolge des hierzulande seit kurzer Zeit bestehenden Ausfuhrverbotes die sonst freie Ausfuhr von Sand und Kies sehr erschwert. Auch gegen die Bewilligung dieser Forderung, die ein Produkt des holländischen Bodens betraf, das keinem Ausfuhrverbot unterliegt, hatte die holländische Regierung keine prinzipiellen Bedenken.

Drittens wurde die Wiederaufnahme des seit Beginn des Krieges von der deutschen Regierung selbst eingestellten **Güterverkehrs** für die **Eisenbahn zwischen Belgien und Deutschland** über **Roermond** verlangt. Dagegen konnten von niederländischer Seite keine Bedenken erhoben werden, da sie nach dem Vertrage mit Deutschland vom 13. November 1874 verpflichtet ist, diesen Schwerverkehr zu ermöglichen. Die deutsche Regierung verlangte die freie Durchfuhr aller Güter mit Ausnahme von Flugzeugen, Waffen und Munition. Von Truppentransporten war nicht die Rede. Die holländische Regierung durfte aber wegen des in Artikel 2 ihrer Neutralitätserklärung ausdrücklich ausgesprochenen völkerrechtlichen Grundsatzes keine Durchfuhr von **Heeresproviant** gestatten. Sie teilte deshalb der deutschen Regierung mit, daß diese vierte Ausnahme eine unbedingte Voraussetzung für die Zulässigkeit der Durchfuhr über Land bilde. Die deutsche Regierung hat jetzt erklärt, daß sie diesen Bedingungen für Durchfuhr zustimme und hat sich auch mit der von der holländischen Regierung gewünschten Umschreibung des Begriffes „Waffen", der alle zur Bewaffnung und Ausrüstung notwendigen Gegenstände umfassen soll, einverstanden erklärt.

Viertens wurde die Vereinfachung und Beschleunigung der von der holländischen Regierung erlassenen **Kontrollbestimmungen** zur Abwehr der unerlaubten Ausfuhr an Bord der durch- und ausfahrenden Rheinschiffe, die nach der Ansicht der deutschen Regierung die durch den Rheinschiffahrtsvertrag garantierte freie Fahrt sehr behinderten, verlangt. Die holländische Regierung, die dies selbst erwünscht fand, hat es auf sich genommen, alles zu unternehmen, um die beanstandeten Behinderungen aus dem Wege zu räumen und zwar durch Verlegung beim Verladen in Deutschland unter Aufsicht eines holländischen Beamten, durch Bewachung an Bord und durch rasche Aufklärung, dieses alles, ohne im geringsten auf das ihr vertragsmäßig zustehende Recht auf Kontrolle zu verzichten. Die holländische Regierung steht in dieser Frage noch mit der Berliner Regierung in Gedankenaustausch.

Schließlich ist die deutsche Regierung auf Ansuchen der holländischen Regierung von ihren anfänglichen Beschwerden gegen die Vorschriften abgegangen, die durch die niederländische Regierung den holländischen Beamten in Belgien erteilt worden sind und nach denen für aus Belgien auszuführende Waren die Erklärung, daß sie nicht militärische Vorräte, Kriegsbeute oder requirierte Waren sind, nicht abgegeben werden darf, wenn es sich um Güter handelt, die Requisitionen unterworfen sind. Die deutsche Regierung gab zu, daß diese Vorschriften keinen Anlaß zur Beschwerde gäben. Es werden die militärischen **Urlaube** wieder erteilt und den Truppen wird auch die sonst übliche **Bewegungsfreiheit** wieder zugestanden werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180507-12/fragment/page=0002

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Frhr. v. Richthofen:

Soweit der Abg. Hoch auf meine eigenen Ausführungen zurückgekommen ist, äußerte er sich zustimmend. Das beweist, daß es auch bei grundsätzlich verschiedener Auffassung möglich sein wird, sich in praktische Arbeit zu begeben. Der Abg. Hoch ist aber in den Fehler verfallen, dem Reichswirtschaftsamt zu seinen vielen Aufgaben noch eine Reihe anderer Aufgaben zuzuweisen, und mich für Dinge verantwortlich zu machen, für die ich die Verantwortung nicht tragen kann und will. Bezüglich der Erhöhung des Aktienkapitals von Aktiengesellschaften liegt die Zustimmung nicht bei den Reichsbehörden, sondern bei den Landesbehörden, und die Gewinne dem Reiche wieder zuzuführen, ist eine Aufgabe der Steuerpolitik, die ich dem Reichsschatzamt überlassen muß. Von dem Vorgehen der 19 Berliner Metallindustriellen war der Reichsleitung bei der Stellung der Anfrage, die der Abg. Hoch erwähnt, tatsächlich noch nichts bekannt. Bei unlauterem Vorgehen einzugreifen, ist Aufgabe des Kriegsamts. Zu den Fachausschüssen auch Vertreter der Arbeiter und Angestellten zu berufen, ist meine Absicht und ist zum Teil bereits geschehen. Bei der Berufung von Vertretern der Arbeiterschaft werde ich mich aber lediglich um die Sachkenntnis und nicht um die politische Richtung kümmern. In bezug auf die Vorwürfe der Anmaßung und Ueberhebung gegen die Beamten betone ich, daß dem Reichswirtschaftsamt jede Absicht der Bevormundung fernliegt.

Der Abg. Bell wünschte vorgestern, dem Reichswirtschaftsamt solle eine Stelle angegliedert werden

zur Pflege der Mittelstandsinteressen.

Zum Teil bin ich diesem Wunsche zuvor gekommen, denn es wird bei uns der Sekretär des deutschen Handwerkertages beschäftigt, mit der besonderen Aufgabe, uns in Handwerkerfragen zu beraten. Die Abgg. Maier-Kaufbeuren und Dr. Südekum wünschten eine Produktionsstatistik. Wir haben bereits während des Krieges einen Beobachtungsdienst über die Produktionsverhältnisse eingerichtet, und sind mit der Prüfung beschäftigt, wie es anzustellen ist, daß wir die Resultate so schnell als möglich erhalten, und ich hoffe, wir werden zu einem guten Ziele kommen. Die Abgg. Wildgrube und Behrens klagten über die Papiernot und über ungerechte Bevorzugung einzelner großer Firmen. Eine solche liegt nicht vor, aber die Verteilung muß nach irgendeinem festen Maßstabe vorgenommen werden, und da haben wir die Auflage von 1916/17 gewählt.

Abg. **Keinath** (Natl.): Die Errichtung eines besonderen Reichswirtschaftsamts beweist erfreulicherweise, daß in Zukunft in der deutschen Reichspolitik die Wirtschaftsfragen mehr als bisher betont werden sollen. Dringend notwendig ist eine Reform des Auslandsnachrichtendienstes; die Nachrichten müssen vor allem beschleunigt werden. Die deutschen Auslandsforderungen müssen bei künftigen Friedensschlüssen mehr als bisher geschützt werden. Vor allem aber tut not, die Befreiung der Wirtschaft von den Fesseln der Kriegswirtschaft. Nicht sowohl durch den Krieg als durch die Kriegsregelung haben Handel und Gewerbe so schwer gelitten. Bei dem für die Uebergangswirtschaft zu erwartenden neuen Ermächtigungsgesetz wird besonderer Wert auf ausreichende Rechtsgarantien für die Bevölkerung gelegt werden müssen. Ueberhaupt liegt eine freiheitliche Auffassung der Uebergangswirtschaft im Interesse des gesamten Volkes. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. **Schiele** (Kons.): Wir werden uns auf den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege einrichten müssen. Im Wirtschaftsleben kommt es vor allem auf freie Persönlichkeiten an. Eine weitgehende Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Staat ist damit nicht verträglich. Ein gesunder Fortschritt ist nur möglich auf dem Boden der überlieferten Wirtschaftsverfassung, nur auf diesem Boden ist eine Entfesselung aller Produktivkräfte möglich. Während der Uebergangswirtschaft, solange die Nachfrage nach vielen wichtigen notwendigen Artikeln das Angebot weit überwiegt, müssen wir dem Reich das Rüstzeug zum Eingreifen in die Hand geben. Aber diese Eingriffe müssen auf das absolut Notwendige beschränkt bleiben. Deutschlands Sozialpolitik vor dem Kriege war vorbildlich. Ihre Lasten waren nur zu tragen auf dem Boden einer starken Wirtschaft. Sozialpolitik und starke Wirtschaft gehören unlöslich zusammen. (Beifall rechts.)

Abg. **Trimborn** (Zentr.) befürwortet eine vom Zentrum eingebrachte Resolution, die beim Reichswirtschaftsamt eine besondere Stelle zur Behandlung der das Einigungs- und Tarifwesen betreffenden Fragen wünscht, ferner einen ständigen Beirat aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beratung sozialpolitischer Fragen und schließlich sofort einen besonderen ständigen Ausschuß zur Beratung von Fragen, die die Arbeiter und Angestellten betreffen.

Abg. Schmidt (Soz.)

fordert **reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises.** Was bisher auf diesem Gebiet und dem eng damit zusammenhängenden Gebiet der Arbeitslosenunterstützung geschehen ist, genügt nicht. Nach dem Kriege wird die Heimarbeit wahrscheinlich eine große Ausdehnung annehmen, die zu ihrem Schutz und zu ihrer Regelung getroffenen Maßnahmen werden beizubehalten sein. Für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung wird die Frage

des Ersatzes der ausländischen Arbeiter sein,

die sicher nicht so zahlreich wie vor dem Kriege nach Deutschland strömen werden. Um Deutsche für die Landarbeit zu gewinnen, muß die rechtliche Stellung der ländlichen Arbeiter von Grund aus umgestaltet werden. Des weiteren begründet der Redner die sozialpolitischen Anträge der Sozialdemokraten, die Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht der Angestellten auf 8000 M. zu erhöhen, die Außerkraftsetzung der Schutzbestimmungen für die Arbeiter wieder aufzuheben und die Arbeitsvermittlung und die Rechtsverhältnisse der ausländischen Arbeiter während des Krieges in sozialer Weise zu regeln.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr. (Vorher kleine Anfragen.)

Schluß: 7¼ Uhr.

Der Rechtsentscheid gegen die „Unabhängigen" in Mannheim.

Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß auf eine Klage des Sozialdemokratischen Vereins Hockenheim der Unabhängige Sozialdemokratische Verein daselbst zur Herausgabe des Vereinsvermögens, das er bei der Trennung mitgenommen hatte, verurteilt wurde. Die Urteilsbegründung liegt nunmehr vor. Die wesentlichen Ausführungen dieses Urteils sind die folgenden:

Zunächst erklärt das Urteil, daß ein Mitglied, das sich zu den Grundsätzen der „Unabhängigen" bekenne, dadurch gegen die Grundsätze der alten Sozialdemokratischen Partei verstößt und deshalb nicht mehr ihr Mitglied sein könne. Der hierauf bezügliche Abschnitt des Urteils lautet:

Nach § 1 der Organisation der Soz. Partei Deutschlands (Mitgliedsbuch S. 36) gehört zur Partei jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und nach § 26 kann zur Partei nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig macht; wer dies tut, kann ausgeschlossen werden. Da die alte sozialdemokratische Richtung und die neue unabhängige Gruppe zwei besondere Fraktionen im Reichstag bilden und sich im Reichstag und außerhalb desselben heftig bekämpfen, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein Mitglied, das sich zu den Grundsätzen der unabhängigen Arbeitsgemeinschaft bekennt, dadurch gegen die Grundsätze der alten Sozialdemokratischen Partei verstößt und nicht mehr ihr Mitglied sein kann."

Dann prüft das Urteil die Frage, ob ein Ortsverein in seiner Gesamtheit überhaupt den Uebertritt von der alten Partei zu der unabhängigen beschließen kann. Es verneint diese Frage und ist der Ansicht, daß ein derartiger Beschluß in allen Fällen nichtig sei. Dieser Grundsatz ist natürlich von großer allgemeiner Bedeutung. Das Urteil führt zu diesem Punkte aus:

Nach § 5 des Organisationsstatuts des Soz. Vereins für den 11. Wahlkreis (Mitgliedsbuch S. 16) ist die Errichtung von Ortsvereinen zur Erleichterung der Agitation und der Kassegeschäfte zulässig, und das Statut der Bad. Landesorganisation beschränkt die Errichtung nur auf Abrechnungszwecke (§ 2 Abs. 2 des Statuts, Mitgl.-Buch S. 27). Beide Bestimmungen, zweifellos aber die Bestimmung des Wahlkreisstatuts, stehen nicht im Widerspruch mit der Organisation der Soz. Partei Deutschlands. Hiernach erscheint es überhaupt als ausgeschlossen, daß ein Ortsverein Beschluß über den Uebertritt des Vereins zu der Unabh. Arbeitsgemeinschaft faßt, da eine solche Beschlußfassung nicht zur Agitation gehört und ein gleichwohl ergangener Beschluß ist deshalb nichtig."

Was speziell den **Hockenheimer Fall** betrifft, so führt das Urteil aus, daß der Beschluß über den Uebertritt zu den Unabhängigen auch deshalb nichtig ist, weil er wegen der Umstände, und gegen Treu und Glauben verstößt. Das Urteil lautet in dieser Hinsicht:

„Wollte man aber annehmen, daß der Ortsverein befugt war, einen Beschluß über den Uebertritt des Vereins zu der Unabh. Arbeitsgemeinschaft zu fassen, so ist dieser Beschluß wegen der Umstände, unter denen er zustande gekommen ist, nach § 138, 157 BGB. als nichtig anzusehen.

Wegen der Wichtigkeit der Beschlußfassung war man in der Versammlung vom 12. August 1917 übereingekommen, in einer auf den 9. September anberaumten Mitgliederversammlung den Reichstagsabgeordneten des Wahlkreisbezirks Oskar Geck zu hören und dann über den Uebertritt zu beschließen. Trotz dieser Beschlußfassung wurde am 23. August auf den Abend desselben Tages die außerordentliche Mitgliederversammlung berufen, die sich aber nicht darauf beschränkte, sich mit dem auf dem Einladungszettel bekannt gegebenen Grund der Einberufung (Schwierigkeiten bei der Beitragsklassierung, die darin bestanden haben sollten, daß zwei Drittel der Mitglieder die Zahlung des Wochenbeitrags verweigert haben sollen, bis der Ortsverein seinen Anschluß an der Soz. Arbeitsgemeinschaft genommen habe) zu befassen, sondern den Uebertritt zu der Soz. Arbeitsgemeinschaft beschloß.

Es kann ganz davon abgesehen werden, ob zu dieser Versammlung in der sonst üblichen Weise eingeladen war, die plötzliche Einberufung und Beschlußfassung unter Hinwegsetzung über den früheren Beschluß, wonach erst in der Versammlung vom 9. September zur Frage des Uebertritts Stellung genommen werden sollte, ist als eine Ueberrumpelung der mit dem Uebertritt nicht einverstandenen Mitglieder anzusehen. Offenbar waren gestissentlich die Gegner des Antrags oder ein Teil derselben nicht eingeladen; das zeigt die abgegebene Stimmenzahl von 25 Stimmen für und 2 Stimmen gegen den Antrag, während jetzt allein 49 Mitglieder als Gegner des Uebertritts und Kläger auftreten. Selbst wenn alle Mitglieder eingeladen waren, konnten sie nicht wissen, daß trotz der auf 9. September anberaumten Versammlung in der auf den Abend des 23. August plötzlich einberufenen Versammlung über die so wichtige Frage des Uebertritts Beschluß gefaßt werden sollte, insbesondere, da die Einladungszettel einen bestimmten diesbezüglichen Vermerk nicht enthielten, sondern nur davon sprachen, daß das Ergebnis der Beitragsklassierung am letzten Samstag zur Einberufung der außerordentlichen Versammlung genüge. Ein derartiges Gebahren widerspricht den Grundsätzen von Treu und Glauben und verstößt gegen die guten Sitten, und der in der Versammlung gefaßte Uebertrittsbeschluß ist daher nichtig.

Dieser nichtige Beschluß ändert aber an dem Fortbestehen des alten Vereins nichts. Der Sozialdemokratische Ortsverein in Hockenheim besteht nach wie vor. Dagegen ist in der Stellungnahme der vier Beklagten und der übrigen Mitglieder des Vereins, die sich in aber ausserhalb der Versammlung vom 23. August für den Uebertritt zur Unabh. Arbeitsgemeinschaft erklärt haben, eine Austrittserklärung aus dem Soz. Ortsverein nach §§ 133, 157, 242 BGBG. zu erblicken, da sie gegen die Grundsätze der Soz. Partei Deutschlands verstoßen haben (§ 1, 26 der Organisation, Mitgliedsbuch S. 36 und 42).

Der Krieg zur See.

Berlin, 6. Mai. (Amtlich). An der Westküste von England wurden neuerdings versenkt:

sechstausendfünfhundert B.-R.-T.

Sämtliche Schiffe waren tiefbeladen. Einer der Dampfer wurde aus einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zwei große französische Dampfer versenkt.

Genf, 7. Mai. Der französische 17 000-Tonnen-Dampfer Poitiero der Paris-Orleans-Linie, der aus England mit einer Kohlenladung abging, wurde am 28. April im Kanal von Bristol torpediert und versenkt. 10 Mann der Besatzung ertranken, 24 Ueberlebende landeten in Le Havre.

Am Tage darauf wurde ebenfalls im Kanal von Bristol der französische Kohlendampfer St. Chamont von 18000 Tonnen torpediert.

Von der Palästina-Front.

Konstantinopel, 6 Mai. Aus dem amtlichen Bericht: Auch der zweite Vorstoß der Engländer auf das östliche Jordanufer hat mit einer schweren Niederlage des Feindes geendet. Die fünftägigen wütenden Anstürme gegen unsere Front wehrten die mit großer Energie geführten, zähe ausharrenden Truppen ab. Der vorgeschobenen feindlichen Kavallerie bereiteten deutsche und türkische Truppen eine vernichtende Niederlage. Die Truppen des Obersten Boehm nahmen einer feindlichen Kavalleriedivision sämtliche Geschütze ab. Unter Einbuße vieler Menschen und zahlreichen Materials flutete der Engländer zum Jordan zurück, hart bedrängt von unseren siegbewußten Truppen.

Renaudel verlangt Bekanntgabe der Kriegsziele.

Genf, 7. Mai. In der Humanite verlangt Renaudel von der Entente die Bekanntgabe praktisch durchführbarer Kriegsziele. Die Entente dürfe sich nicht vorwerfen lassen, wegen eines Ländersetzens am Rheine den Krieg fortzusetzen; da dies geringfügig sei gegenüber der Sicherheit der künftigen Generation. Renaudel hofft, daß die amerikanischen Staatsmänner einen Weg finden, um, da ein erzwungener Friede noch in weiter Ferne liege, einen gerechten Frieden zu vermitteln.

Zivildienst in Frankreich.

Genf, 7. Mai. Der Kammerausschuß verhandelte über die Zivildienstpflicht aller Männer zwischen 15 und 55 Jahren. Der Ausschuß bewilligte die Aufstellung von Listen der Dienstpflichtigen, ohne die Dienstpflicht im Prinzip anzunehmen.

Amerikanische Arbeiter in Paris.

Amsterdam, 7. Mai. Ein hiesiges Blatt erfährt aus Paris: Die amerikanischen Arbeiterdelegierten, die am Freitag in Paris angekommen sind, erklärten in einem Interview, daß sie sich weigerten, mit deutschen oder österreichischen Abgeordneten zusammen zu treffen. Noch immer suche Henderson in London nach einer Versöhnungsformel, die von den amerikanischen Abgeordneten angenommen werden könnte.

Große Ueberschwemmungen in Algier.

Genf, 6. Mai. Telegramme Pariser Blätter aus verschiedenen Teilen Algiers teilen mit, daß dort durch Austreten der Flüsse ungeheure Ueberschwemmungen große Landstrecken verwüstet haben. Die Lage sei in einzelnen Bezirken höchst ernst. In der Ebene von Mitidji wurde die Eisenbahn von Ost-Algerien an zwei Stellen vollständig durchbrochen und zwar bei Mirsan Blanche und bei Boufra. Der Expreßzug von Constantine nach Algier ist auf dem abgeschnittenen Teile der Bahn blockiert und kann weder nach Algier, noch nach Constantine fahren. Die Verbindungen zwischen Maison Carree und Sidi Moussa sind ebenfalls vollständig unterbrochen. Die beiden letzten Plätze sind auch überschwemmt. Der der Entente zugefügte Schaden ist noch nicht absehbar. Da Algier eine der Hauptquellen Frankreichs für Lebensmittel ist, so wird diese Ueberschwemmung auch die Ernährung des französischen Heeres sehr stark beeinflussen. Auch Menschen sind ums Leben gekommen.

Wie unsere Feinde frohlocken?

In der Werft von Friedrichshafen gab es am 16. April ein Schadenfeuer, über das die französischen Zeitungen die unsinnigsten Berichte verbreiten. L'Information vom 17. April behauptet, der Brand sei ein Werk der englisch-amerikanischen Luftflotte in Belfort, und mehrere Luftschiffe und der größte Teil der zum Schutz gegen die amerikanische Bedrohung dort versammelten 30 Flugzeuggeschwader seien dabei vernichtet worden. — Damit nicht genug! „Den ganzen Tag," heißt es weiter, „bis in die Nacht hinein fanden Explosionen statt. Der ganze Osttteil der Stadt wurde schwer mitgenommen. Die Zahl der Opfer soll „sich auf 140 Tote und 200 Verwundete belaufen. Der Gesamtschaden „soll" ungeheuer sein." Aehnlich lautet der Bericht des Journal vom selben Tage; nur die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch etwas gewachsen und das Blatt ruft triumphierend aus, das Hauptzentrum des deutschen Flugwesens sei völlig zerstört und mit ihm die Hoffnung der Deutschen den Kampf mit der amerikanischen Luftflotte aufnehmen zu können.

Die französischen Zeitungen werden wirklich gut informiert. Sie wissen mehr als die Einwohner von Friedrichshafen. Es haben in Wirklichkeit keine Explosionen stattgefunden. Die Stadt Friedrichshafen hat keinen Schaden erlitten. Menschen sind weder verletzt noch getötet worden. Der Brand ist auch nicht das Werk feindlicher Flieger. Er entstand im Holztrocknungsraum des Werkes durch Selbstentzündung von Holzstaub im Trockenofen. Da im Trockenraum und dem anschließenden kleineren Holzlager das Feuer gute Nahrung fand, und da ungünstigerweise ein ziemlich lebhafter Nordwind herrschte, so konnte das Feuer auf die benachbarte alte Zeppelinhalle übergreifen, in der sich glücklicherweise kein Luftschiff befand. Von den gesamten eigentlichen Fabrikräumen konnte das Feuer ferngehalten werden. So ist das Gesamtergebnis des Brandes auf den Verlust der Holzvorräte und der alten hölzernen Zeppelinhalle beschränkt geblieben. Daß die Franzosen es mit der Wahrheit nicht ganz genau nehmen, wundert ja schon lange nicht mehr, aber sie hätten in diesem Falle doch etwas gewandter lügen sollen. So finden ihre Meldungen anstatt des erhofften Glaubens nur wohlverdienten Spott.

Politische Uebersicht.

Gemeindeordnung und Frauenwahlrecht in Baden.

Dem badischen Landtag liegen eine Anzahl Anträge aller Parteien vor, die sich mit der Frage der Reform der Städteordnung und des Gemeindewahlrechts befassen. Alle Anträge verlangen die Aufhebung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts und die Einführung des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts und der Verhältniswahl; eine Einschränkung bringt nur ein nationalliberaler Antrag, der die Verleihung einer 2. Stimme an Wähler verlangt, die länger als 10 Jahre in einer Gemeinde ansässig sind. Der sozialdemokratische Antrag verlangt die Verleihung des Wahlrechts auch an die Frauen, während die Nationalliberalen dies nur an die selbständigen Frauen der Städteordnungsstädte verleihen wissen wollen. Fortschrittler und Sozialdemokraten beantragen ferner die unmittelbare Wahl der Bürgermeister und Oberbürgermeister.

In der Aussprache in der Kommissionsberatung machte das Zentrum seine Zustimmung zu den Anträgen von einer Aenderung der Gemeindeverfassung abhängig, das Frauenwahlrecht lehnte diese Partei und sein konservatives Anhängsel, die rechtsstehende Vereinigung, ab. Die Nationalliberalen ließen ihren einschränkenden Antrag bezüglich des Frauenwahlrechts fallen. Im Namen der Regierung erklärte der Staatsminister Bodmann, daß die Regierung, nachdem die Mehrheit des Landtags die Aufhebung der Klassenwahl verlange, diesem Verlangen nicht mehr widersprechen; es entspreche der neuen Zeit, daß das Klassenwahlrecht beseitigt würde.

Zum Schutze der „bodenständigen" gegenüber den „fluktuierenden Elementen" hält die Regierung eine Aufenthaltsdauer von 5 Jahren zur Erlangung des Wahlrechts für nötig. Dem Frauenwahlrecht für die Gemeinde steht die Regierung nicht ablehnend gegenüber, nur sei die Zeit zu dessen Einführung noch nicht gekommen. Dem nächsten Landtag soll ein Entwurf über die Reform der Städteordnung zugehen, eventuell, wenn die Vorarbeiten fertig werden, auch ein Entwurf zur Reform der Gemeindeordnung.

Die Steigerung der Bodenpreise.

Infolge der gewaltigen Preiserhöhung für alle Bodenerzeugnisse und der überreichen Gewinne, die kaum anzulegen sind, ist bei den Landwirten ein wahrer Landhunger eingetreten, der in ein ganz ungeheuerliches Emportreiben der Bodenpreise ausartet. Dreifache Erhöhungen gegenüber dem Friedenspreis sind normal; vielfach gibt es aber auch Preise, die die früheren um das vier- und fünffache übersteigen. In der Umgebung von Köln wird jetzt der Morgen, der nach der Friedenstaxe 700 bis 900 M. kostete, spielend zu 3000 bis 3500 M. abgesetzt. Besonders wird Land für den Gemüsebau begehrt. Ein Gut, das noch im ersten Kriegsjahre für 290 000 M. angeboten wurde, ohne einen Käufer zu finden, kostet heute 500 000 M.

Diese Zustände kennzeichnen nicht nur die gewaltigen Kriegsprofite der Agrarier; sie sind für die künftige Ernährung des deutschen Volkes geradezu bedrohlich, denn es versteht sich, daß das Hinauftreiben der Bodenpreise die anormalen Preise für die Bodenerzeugnisse verewigt!

Letzte Nachrichten.

Genf, 6. Mai. (Havas.) Echo de Paris meldet: Der Fliegerkapitän Manlon ist von einem nächtlichen Streifzug nicht zurückgekehrt.

Amsterdam, 6. Mai. Reuter berichtet, daß ein niederländisches Segelschiff von ungefähr 100 Tonnen von vier deutschen Fliegern in einer Entfernung von 40 Meilen von der niederländischen Küste angegriffen wurde. Die Bemannung verließ das Schiff. Am Abend konnte das Fahrzeug in den Hafen geschleppt werden.

Riga, 6. Mai. Am 4. Mai ist nach fast dreijähriger Unterbrechung die Rigaer Börse wieder eröffnet worden.

Kopenhagen, 6. Mai. National Tidende meldet aus Stockholm: Die Verhandlungen zwischen den schwedischen, finnischen und russischen Behörden haben zu dem Ergebnis geführt, daß die russischen Befestigungen auf den Alandsinseln, die im Widerspruch mit dem Alandskabkommen von Rußland angelegt wurden, wieder beseitigt werden.

London, 6. Mai. Die Times melden aus Peking vom 21. April: Der Kosakenführer Semenow, der in Sibirien gegen die Bolschewiki kämpft, hat seine Vorposten bis nach Kharamor an der Eisenbahnlinie nach Charbin vorgeschoben. Aus Transbaikalien wird eine weitverzweigte Bewegung zugunsten Semenows gemeldet. Die Bolschewiki erblicken in Semenow eine Gefahr für ihre Herrschaft in Sibirien und werden ihm mit allen ihren Mitteln, die allerdings nicht sehr bedeutend sind, Widerstand leisten.

Tokio, 5. Mai. (Reuter.) Die russischen Behörden in Kutsk haben den japanischen Vizekonsul sowie den Vorstand eines japanischen Vereins unter der Beschuldigung, militärische Spione zu sein, verhaftet.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Gier. Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 63 001—70 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 1—5000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person zwei Stück für 33 Pfennig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180507-12/fragment/page=0003

Verband mitteldeutscher Konsumvereine.

16. Verbandstag.

w. Halle a. S., 6. Mai 1918.

In den Thaliasälen tagt am Sonntag und Montag der 16. Verbandstag des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine. Der Verbandsvorsitzende Hoffmann-Magdeburg erstattete den **Bericht des Vorstandes.** Redner ging zunächst auf die allgemeinen Ernährungsschwierigkeiten ein und erörterte dabei die Mitwirkung der Konsumgenossenschaften bei der Verteilung der Nahrungsmittel. Es bleibe dabei gewiß noch mancherlei zu wünschen übrig, aber ganz zweifellos lägen die Dinge noch erheblich schlechter, wenn nicht Vertreter der Konsumgenossenschaften in den Ernährungskommissionen mitgewirkt hätten. Daher sei auch zu warnen vor der hier und da auftretenden Absicht, aus Protest gegen die mangelhafte Nahrungsmittelorganisation aus den Ernährungskommissionen auszuscheiden. Durch die Einstellung der Tätigkeit in diesen Ausschüssen werde die Nahrungsmittelmenge nicht vermehrt; es bestehe aber die Gefahr, daß es dann noch schlechter werde mit der Verteilung der Lebensmittel. Redner verbreitete sich dann über einige besonders schwierig liegende Einzelfragen, wie z. B. die Zuckerversorgung, mahnte die Vereine, mehr noch als bisher durch die Großeinkaufsgesellschaft ihre Waren zu beziehen und ging dann etwas näher auf die Mitwirkung der Konsumgenossenschaften bei der Preisgestaltung der Waren ein. Der Krieg habe einen völligen Zusammenbruch des Rabattsparvereinswesens gebracht. Darauf sei wohl auch zurückzuführen, daß eine Anzahl Stadtverwaltungen unter Vorantritt von Görlitz versucht hätten, den **Konsumvereinen** das Recht **zu verbieten,** auf **rationierte** Waren **Rückvergütung zu gewähren.** Dieser Versuch, hinter dem geradezu kleinliche Bestrebungen stehen, sei glücklicherweise fehlgeschlagen, denn auf eine Beschwerde des Zentralverbandes hin hat der **Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes** unter 29. April geantwortet, daß er in der Gewährung von Rückvergütung eine im Interesse der Verbraucher liegende **Ermäßigung der Preise** sehe, wenn er andererseits auch der Kompliziertheit der Frage wegen den Kommunen nicht allgemein verbieten könne, ein Verbot der Gewährung von Rabatt auf rationierte Ware zu erlassen.

Der Berichterstatter streifte ferner kurz die neuen **Steuervorlagen,** von denen besonders die Umsatzsteuer auch die Konsumvereine treffen werde. Nach wie vor müsse energisch auf die Beseitigung des Warenhaussteuergesetzes als eines **Ausnahmegesetzes** gegen die Konsumvereine hingewirkt werden. Zum Schluß besprach Redner die Finanzlage des Verbandes und seiner Mitglieder- und Umsatzbewegung. Dem Verbande gehören 133 Vereine mit 156 415 Mitgliedern gegen 134 Vereine mit 149 161 Mitgliedern im Vorjahre an. Der Umsatz aller Vereine betrug 1915: 36,5 Millionen, 1916: 41,1 Millionen, 1917: 40,2 Millionen. Da in ganz Deutschland außer im Mitteldeutschen und Rheinisch-Westfälischen Verband nirgendwo ein Rückgang zu verzeichnen war, sei anzunehmen, daß die Ursache in einer mangelhaften Berücksichtigung bei der Warenbelieferung durch die Kommunalverbände liege. Dieser Uebelstand müsse unter allen Umständen beseitigt werden, wenn nicht anders dann durch immer wiederholte Beschwerde.

Den **Bericht über das Verbandssekretariat** erstattete dann der **Verbandssekretär Mikowsky.** Redner begann mit eingehenden statistischen Darlegungen und Vergleichen und konnte die erfreuliche Tatsache feststellen, daß im allgemeinen eine beachtliche Besserung in der Entwicklung der Reserven zu verzeichnen sei. Der gegenwärtige Reservekapitalbestand sei der höchste seit dem Bestehen des Verbandes. Indessen müsse immer noch an manche Pereine die Mahnung gerichtet werden, mehr auf die Stärkung ihrer Reserven bedacht zu sein. Sehr störend habe der Krieg auf die Entwicklung der Eigenbetriebe der Konsumvereine gewirkt.

Große Fortschritte haben in allen Vereinen die **Sparkassen gemacht.** Der **gemeinschaftliche Einkauf der Vereine** hat insofern eine Veränderung erfahren, als trotz des ziemlich gleich gebliebenen Umsatzes der einzelnen Vereine der Umsatz bei der Großeinkaufsgesellschaft zurückgegangen ist, was daran liegt, daß diese bei der Verteilung der meisten rationierten Waren ausgeschaltet ist. Redner verbreitete sich dann über verwaltungstechnische und mehr interne Fragen und forderte zum Schluß die Vereinsvertreter auf, sich stets und rechtzeitig über etwaige Zurücksetzung bei der Warenverteilung durch die Kommunalverbände zu beschweren und mehr als bisher in der Presse und der Oeffentlichkeit von dem Wirken ihrer Vereine zu reden.

Namens des **Aufsichtsrats** erstattete Schulze (Halle) Bericht; er beantragte, die Entlastung des Vorstandes auszusprechen.

Die **Diskussion** über die Berichte drehte sich vornehmlich um die von der Reichsregierung vorgeschlagene **Erhöhung der Umsatzsteuer.** Die Redner wandten sich dagegen, daß hierbei wieder eine Sonderbelastung der Konsumvereine zustage gefördert werde. Herr Bästlein (Hamburg) betonte, daß die gegenwärtige Situation der Konsumvereine ganz besonders schwierig sei, denn ihre Gegner bieten alles auf, um ihnen das Wasser abzugraben und das Leben schwer zu machen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Nachdem dem Antrage auf Entlastung des Vorstandes zugestimmt worden war, wurden dann die Verhandlungen des ersten Sitzungstages geschlossen.

Zu Beginn des zweiten und letzten Verhandlungstages wurde zunächst festgestellt, daß von 67 Verbandsvereinen 210 Delegierte entsandt sind, wozu noch 16 andere Teilnehmer kommen. Dann sprach Herr Bästlein (Hamburg) als Referent über das Thema: **„Die Aufgaben der konsumgenossenschaftlichen Organisationen während der Uebergangswirtschaft."** Redner ging aus von den vorbereitenden Maßnahmen, die bisher von Reichs wegen hinsichtlich der Uebergangswirtschaft getroffen worden sind, die Bestellung eines Reichskommissars für diesen Zweck und die Errichtung des Reichswirtschaftsamtes, schilderte dann, anknüpfend an die durch den Krieg hervorgerufenen Erschwernisse in der Lebensmittelversorgung, das Interesse, das die Konsumgenossenschaften an einer gut vorbereiteten Uebergangswirtschaft haben. Würden sie sich nicht bemühen, an der Vorbereitung mitzuwirken, so würden ihre Interessen infolge des Einflusses der Vertreter des privaten Handels völlig ausgeschaltet werden. Der freie Handel sähe lieber heute als morgen die Aufhebung der Zwangsrationierung. Die Verewigung dieses Zustandes sei auch den Konsumvereinen wahrlich nicht erwünscht, aber würde die Zwangsrationierung zu früh aufgehoben, so würden dadurch ganz unerträgliche Verhältnisse für die minderbemittelte Bevölkerung heraufbeschworen. Dies eine Moment zeige schon die Bedeutung der ganzen Frage. Das Reichswirtschaftsamt wird von ungezählten Interessenten geradezu bestürmt, ihre vielgestaltigen Sonderwünsche zu erfüllen. Glücklicherweise ist durch den einstimmigen Beschluß des Reichstags, daß dieser mitzuwirken habe bei den Uebergangsmaßnahmen des Reichswirtschaftsamtes, die Gefahr ziemlich ausgeschaltet, daß ganz einseitige Maßnahmen getroffen werden. Zumächst waren allerdings bei der Feststellung der Personen und Organisationen, die zur Mitwirkung bei den Vorbereitungen der Uebergangswirtschaft berufen werden sollten, die Konsumgenossenschaften unberücksichtigt geblieben. In einer Eingabe wurde dagegen Beschwerde geführt und als Folge davon sind mit den zuständigen Behörden Verhandlungen in die Wege geleitet worden, die bisher einen befriedigenden Verlauf nahmen. Mit einem Ausblick in die Zukunft schloß der Redner seine interessanten Darlegungen.

Dem Vortrage folgte eine kurze **Diskussion,** in welcher die Schwierigkeiten der bei der Uebergangswirtschaft zu lösenden Fragen noch einmal unterstrichen wurden.

Nach der Erstattung des Berichts über die Revisionen bei den Verbandsvereinen durch den Sekretär Mikowsky und Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 1919 wurden mehrere ständige Beisitzer zu den Schiedsgerichten gewählt, die etwaige Streitigkeiten mit dem kaufmännischen Personal zu erledigen haben. Bei den hierauf folgenden **Wahlen** wurden gewählt: als Vorstandsmitglied Röder (Bernburg), als Stellvertreter Schulze (Halberstadt) und Schröder (Gangerhausen), als Aufsichtsratsmitglied Robert Schulze (Halle) und als Generalratsmitglieder Langer (Cassel), Blumeier (Braunschweig), Wafrowsky (Coswig) und Langer (Merseburg). Als Aufsichtsratsmitglied der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine wurde wieder Herr Robert Schulze (Halle) in Vorschlag gebracht.

Hierauf wurde die Zahl der Vereine zur Beschickung des Genossenschaftstages in Köln auf zehn festgesetzt und folgende Vereine ausgelost: Löbejün, Quedlinburg, Puch, Osterburg, Helmstedt K. V., Cöthen, Elster, Bockwitz, Halle und Naguhn, die einen Zuschuß von je 60 Mark zu diesem Zweck erhalten.

Nachdem Herr Willy (Hamburg) noch zu lebhafter Werbetätigkeit für die „Volksfürsorge" aufgefordert hatte und beschlossen worden war, die Festsetzung des nächstjährigen Tagungsortes dem Vorstande zu überlassen, wurden mit den üblichen Schlußreden die Verhandlungen geschlossen.

Bekanntmachung.

Gemäß der von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst festgesetzten Erzeugerpreise werden die Groß- und Kleinhandelspreise (Höchstpreise) für frischen **Spargel, Rhabarber** und **Spinat vom 7. Mai 1918 an** bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

für das Pfund	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Spargel I. Sorte	0.88 M.	1.10 M.	1.40 M.
„ II. und III. Sorte	0.60 „	0.75 „	1.00 „
„ IV. Sorte (Suppenspargel)	0.28 „	0.35 „	0.45 „
„ unsortiert	0.60 „	0.75 „	1.00 „
Rhabarber	0.14 „	0.18 „	0.25 „
Spinat	0.20 „	0.25 „	0.33 „

Halle, den 6. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Betrifft

1. Lastkraftwagen.

Für den Abtransport von Getreide für den Frühdrusch können den Kriegswirtschaftsstellen der Frühdruschgebiete Lastkraftwagen zur Verfügung gestellt werden. Um den ungefähren Bedarf schon jetzt kennen zu lernen, werden die Landwirte des hiesigen Stadtkreises aufgefordert,

bis spätestens 8. Mai

der Kriegswirtschaftsstelle, Marktplatz 22, schriftlich zu melden, welcher schätzungsweise Bedarf an Lastkraftwagen zum Frühdrusch vorhanden ist.

Ueber die Kostendeckung folgt noch besondere Verfügung.

2. Bindegarn.

Zur Durchführung der Frühdrusch-Aktion ist dem Kriegswirtschaftsamt für die Provinz Sachsen Bindegarn zugewiesen, das auf die zu den Frühdruschbezirken gehörigen Kriegswirtschaftsstellen verteilt wird. Der Preis für das Bindegarn ist 11 **Mark** für das Kilo, dazu treten die Versendungskosten ab Magdeburg bis zur Empfangsstation. Der Wert des Bindegarns ist sofort nach Berechnung der Reichsgetreidestelle zu bezahlen. Der Versand geschieht durch die Firma Carl Winter, Mechanische Planen- und Sack-Fabrik, Magdeburg. Das Bindegarn ist lediglich für die Bindemähmaschinen zu verwenden, etwa übrig bleibende Reste dürfen zu anderen Zwecken keine Verwendung finden; etwaige Reste sind an die Firma Winter zurückzuliefern.

Die Landwirte des hiesigen Stadtkreises werden aufgefordert, ihren Bedarf an Bindegarn bis **spätestens 8 Mai** der Kriegswirtschaftsstelle, Marktplatz 22, schriftlich anzumelden.

Halle, den 4. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetze vom 11. 12. 1915, betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand, wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet:

§ 1.

Wer im Gebiete des stellvertretenden Generalkommandos des IV. A.-K. über Beständen an Massengütern (wie Erze, Brennstoffe, Baustoffe jeglicher Art, Holz, Kali, Getreide, Zucker, Torfstreu) und dergleichen verfügt, ist auf Verlangen der Schiffahrts-Abteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens verpflichtet, sie nach deren Weisungen innerhalb einer von ihr festgesetzten Frist

a) von und nach Orten, die die Schiffahrts-Abteilung bestimmt, zu den gemäß § 2 festgesetzten Preisen unter Benutzung des Wasserweges befördern zu lassen,

b) in Orten, die die Schiffahrts-Abteilung bestimmt, zu den gemäß § 2 festgesetzten Preisen zu lagern.

§ 2.

Macht die Schiffahrtsabteilung von der ihr im § 1 verliehenen Befugnis Gebrauch, so erfolgt die Festsetzung der Preise für die Beförderung auf dem Wasserwege, sowie für das Löschen, das Laden und die Lagerung durch Vereinbarung zwischen den Beteiligten unter Vermittlung der Schiffahrtsabteilung. Wird eine solche Vereinbarung auf gütlichem Wege innerhalb einer von der Schiffahrtsabteilung festzusetzenden Frist nicht erzielt, so werden die Preise nach Anhörung der Beteiligten durch die Schiffahrtsabteilung festgesetzt.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden, soweit die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis 1500 M. erkannt werden.

§ 4.

Die Verordnung tritt mit Beginn des 19. Mai 1918 in Kraft.

Magdeburg, den 4. Mai 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 8. Mai 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr Nr. 1301—1400, | um 9 Uhr Nr. 1501—1600,
„ 8 „ „ 1401—1500, | „ 10 „ „ 1601—1700.

Halle, den 6. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung

Die Wanderausstellung „Das Kleinkind"

ist bis zum **20. Mai 1918 jeden Tag von 10 bis 1 und von 4 bis 7 Uhr** geöffnet. Eintrittsgeld 20 Pf., Montags 1 M. Führung um 11 und 4 Uhr, daran schließt sich am 1., 6., 13. und 16. Mai **die Besichtigung der Betheke-Lehmann-Stiftung.**

Halle, am 29. April 1918.

Der Magistrat.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.

Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von R. Drescher.

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Empfehle:

Gummisohlen

für Schuhmacher u. Händler.

Selten günstiges Angebot!

Absätze von 40 Pf. an.

Gummihaus, Große Ulrichstraße 35.

Nur für Frauen und Mädchen!

Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.

Freitag, 10. Mai, 8 Uhr abends, in den Thalia-Sälen:

Vortrag von Frau Professor **Milka-Fritsch-Königsberg:**

Wie sichere ich meiner und meiner Familie Gesundheit?

Eintritt kostenlos.

Kriegsamtstelle Magdeburg.

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Allgemeine Ortskrankenkasse Halle.

Achtung! Hausfrauen!

Geld liegt in allen Winkeln. Zahle für

100 Kilo Strumpfwolle	160 M.
100 „ Orig. Lumpen	15—30 „
100 „ Neutuch	100 „
100 „ Knochen	10 „

Zahle für Akten, Bücher, Zeitungen und Altpapier höchste Preise.

Alle Sorten **Felle** und **Roßhaare** höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab.

Paul Günther, Rohprodukte, Taubenstr. 3 Hof, hinten links.

Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen. Tel. 6176.

Krawatten

Gegr. 1853. **F. C. Siebert** Fernruf 2363.

Untere Leipziger Str. 9 gegenüber der Kirche.

Fast neue echte [928

Möbel aller Art

Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Anrd.-Schränke, Bettitos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt

R. Bahse, Hohenmillen, Litzener Str. 7.

Möbel

ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel, besonders Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen.

Jetzt sehr große Auswahl.

Auf Wunsch Ratenzahlungen.

N. Fuchs

Möbel-Ausstattungs-Geschäft [945

Halle, Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Et.

Als Schneidermeister empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.

O. Heimfath & Sohn,

Steg 19.

Stadt-Theater

Mittwoch, 8. Mai 1918

Anfang 7,30 Uhr Ende 10 Uhr

Gloria arsena

Oper von August Enna.

Donnerstag: **Wiener Blut.**

Alte, abgespielte auch 1046] zerbrochene

Grammophon-Platten

kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf

Gustav Uhlig

Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.

Sonntag geöffnet von 10 bis 2,30 Uhr vorm. und nachmittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

In Freien Stunden

Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.

Preis 15 Pf.

Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Schuhe und Stiefel

werden besohlt und repariert [900

Burgstraße 48, p. r.

Die Gleichheit

sozialdemokratische Frauenzeitung

Nr. 8

eingetroffen.

Buchhandlung Volksstimme

Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 103. Halle, Dienstag den 7. Mai 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Mai 1918.

Für die Kriegsbeschädigten!

Ein Aufruf des Landeshauptmanns.

An die Arbeitgeber der Provinz Sachsen erläßt der Landeshauptmann folgenden über die Beschäftigung Schwerbeschädigter folgenden Aufruf:

„In den drei Jahren praktischer, von der Kriegsbeschädigtenfürsorge geleisteter Arbeit hat es sich immer deutlicher gezeigt, wie sehr ihr Gelingen von dem Wohlwollen, von der Einsicht und der tatkräftigen Mitarbeit der Herren Arbeitgeber abhängt. Die Leichtverletzten finden zwar heute mühelos einen angemessenen Arbeitsplatz, dagegen verlangt die ständig wachsende Zahl der schwer Geschädigten eine geeignete Fürsorge, und hierzu ist die Mitarbeit der Arbeitgeber unbedingt erforderlich. Es gilt für die Schwergeschädigten die Arbeitsplätze freizuhalten und freizumachen, die sie ausfüllen können. Dabei hat der Grundsatz zu gelten: Jeder Arbeiter muß an eine Stelle gesetzt werden, an der alles, was er an Arbeitsfähigkeit besitzt, ausgenutzt wird. Der Gesunde darf nicht an der Stelle stehen, die ein Leichtbeschädigter ausfüllen kann, der leichter Geschädigte nicht an der Stelle, die ein schwerer Geschädigter ausfüllen kann.

Wer ist schwerbeschädigt? Wer nur bestimmte einzelne Arbeiten verrichten kann, wer nur zu leichter Arbeit fähig ist, oder nur einen sogen. Invalidenposten auszufüllen vermag. Zu den Schwerbeschädigten gehören unter den handarbeitenden Berufen z. B. von den äußerlich Verletzten solche, die einen Arm verloren haben oder denen ein Arm völlig gelähmt ist, viele, die einen Kopfschuß haben, von innerlich Kranken viele Herz- und Nierenkranke, Tuberkulose, schwere Rheumatiker. Die Neurotiker, die vielfach das öffentliche Mitleid besonders erregen, gehören, dank den neuen Fortschritten der Medizin, nicht mehr zu den Schwerbeschädigten.

Auch unter den Schwerbeschädigten gibt es gewaltige Unterschiede. Auch sie können häufig bestimmte Arbeiten noch sehr gut leisten, so z. B. Beinamputierte: Arbeiten im Sitzen, und dürfen darum den noch schwerer Beschädigten nicht den Invalidenposten nehmen, der ihre letzte Zuflucht ist, wie z. B. den Arm- und Beinamputierten. Es muß der Grundsatz gelten: Jeder Mann an den Arbeitsplatz, der ihm zukommt.

Die Durchführung dieses Grundsatzes stellt zwar höhere Anforderungen an den Betrieb, aber er macht sich auch bezahlt. Dabei werden die erfahrenen Berufsberater der Kriegsbeschädigtenfürsorge und die mit ihnen Hand in Hand arbeitenden Gewerbeaufsichtsbeamten gern ihren Rat zur Verfügung stellen.

Wer in dem Kriegsbeschädigten eine arbeitsfreudige, dauernde und nützliche Arbeitskraft gewinnen will, muß sich seiner auch persönlich annehmen, muß mit Wohlwollen und Verständnis auch die Arbeitsbedingungen dem einzelnen Fall anpassen. Auch die erste Eingewöhnung des Kriegsbeschädigten in die ungewohnte Arbeit ist besonders schwer. Deshalb nicht gleich in den ersten Tagen das Zutrauen verlieren und nicht dulden, daß der Kriegsbeschädigte es verliert. Es empfiehlt sich, in größeren Betrieben einen Angestellten besonders mit dem Studium der Verwendungsmöglichkeiten von Kriegsbeschädigten, vor allem auch mit Hilfe von Ersatzgliedern und der Anordnung von Hilfsmitteln an den Maschinen zu beauftragen und diesen Beamten auch die für die Kriegsbeschädigten geeigneten Stellen heraussuchen zu lassen. Wer sich redlich um die Einstellung und Beschäftigung von Kriegsbeschädigten bemüht, dem wird es auch an bösen Erfahrungen nicht fehlen, aber es ist seine vaterländische Pflicht, nicht nachzulassen.

Die Kriegsbeschädigten brauchen Ihre Hilfe. Sie haben sich wahrlich einen Anspruch darauf verdient. Aber auch Sie werden die Hilfe der Kriegsbeschädigten brauchen. Der glückliche erneute Aufbau der deutschen Volkswirtschaft kann nur gelingen, wenn jede Arbeitskraft mitwirkt, auch die geschwächte."

Sammlung getragener Männeranzüge.

Zur teilweisen Deckung des Bedarfs an Oberkleidung der in den kriegswichtigen Betrieben, insbesondere auch bei der Eisenbahn und in der Landwirtschaft, beschäftigten Arbeiter hat die Reichsbekleidungsstelle im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden angeordnet, daß alsbald eine allgemeine Sammlung von getragener Oberkleidung für Männer im ganzen Reiche veranstaltet werde.

Die Stadt Halle soll hierzu eine von der Landeszentralbehörde festgesetzte Anzahl von Anzügen beisteuern. Hochgeschlossene Joppe und Hose sind als Anzug anzusehen; Fracks, Smokings und Uniformen sind jedoch von dieser Abgabe ausgeschlossen.

Die Reichsbekleidungsstelle erwartet, daß die erforderlichen Anzüge im Wege der freiwilligen Abgabe aufgebracht werden, um so strengere Maßnahmen zu erübrigen. Die Kommunalverbände sind jedoch auf Grund der Bundesratsverordnung über Besugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 ermächtigt worden, Personen, von denen anzunehmen ist, daß sie eine größere Anzahl Oberkleider besitzen, die Vorlegung eines Verzeichnisses über ihren Bestand an Oberkleidern und zur Anfertigung solcher geeigneten Stoffen aufzuerlegen, falls sie nicht wenigstens einen Anzug abliefern sollten; sie sind auch berechtigt, die Richtigkeit der Angabe in der Wohnung nachzuprüfen und das hierzu Erforderliche zu veranlassen.

Bei der Abgabe der Kleidungsstücke wird dem Abliefernden eine Bescheinigung erteilt, mit der amtlichen Zusicherung, daß die jetzt abgegebenen Anzüge bei einer im weiteren Verlauf des Krieges etwa notwendig werdenden anderweiten Anforderung getragener Oberkleidung angerechnet werden. Wer sich jedoch eine Abgabebescheinigung behufs Erlangung eines Bezugsscheines ohne Bedarfsprüfung ausstellen läßt, erhält keine solche Bestätigung.

Die abgelieferten Anzüge werden nach einem geordneten Schätzungsverfahren angemessen bezahlt. Die Schätzungs- und Annahmestellen sind angewiesen, für Anzüge, die innerhalb drei Wochen nach Erlaß dieser Bekanntmachung abgeliefert werden, einen besonderen Zuschlag von 10 vom Hundert zu den regelmäßigen Schätzungsbeträgen zu bewilligen.

An die wirtschaftlich bessergestellten Einwohner der Stadt Halle wird das dringende Ersuchen gerichtet, diese Sammlung, deren Ergebnis für das wirtschaftliche Durchhalten unseres Volkes im Kriege von hoher Bedeutung ist, opferfreudig zu unterstützen und möglichst viel Anzüge abzuliefern. Der Magistrat erwartet von diesen Kreise, daß sie alle entbehrliche Oberkleidung diesem großen Zweck bereitwilligst hingeben werden. Die Annahmestelle für die Bürger der Stadt Halle ist die Altkleiderverwertungsstelle, Leipziger Straße 17. Nur diese Stelle ist zur Annahme der Anzüge und Ausstellung der Bescheinigungen berechtigt.

---

* **Die überwundene Meiktühle.** Der Kälterückfall, der schon am 30. April begann und diesen sowie den 1. und 2. Mai umfaßt, ist nach den bei der Deutschen Seewarte eingelaufenen Meldungen nicht nur in hiesiger Gegend aufgetreten, sondern in ganz Deutschland in abnorm niedrigen Temperaturen zum Ausdruck gekommen. Während die Wärme am Tage im allgemeinen nur bis auf sechs bis zehn Grad Celsius stieg, sank sie nachts vielerorts bis in die bedenkliche Nähe des Gefrierpunktes. Zu Frost ist es erfreulicherweise nirgends gekommen. Die seit überall schon in voller Blüte stehenden Obstbäume und Beerensträucher sind daher nicht beschädigt worden. Allem Anschein nach ist der gegenwärtige Temperatursturz der diesmal verfrühte alljährliche Kälterückfall des Mai dem nun wohl besseres Wetter folgen wird. Der in den vergangenen Tagen schon ausgeschaltet gewesene, aber doch wieder in Betrieb genommene Ofen kann jetzt hoffentlich bald gänzlich „kaltgestellt" werden.

* **Eine gute Obsternte in Aussicht?** Die Aussichten für die diesjährige Obsternte sollen nach der Meinung von Fachleuten nicht schlecht sein. Der schnelle Umschlag in der Witterung sowie der Schneefall Ende April gaben zwar zu allerlei Befürchtungen Anlaß, die aber anscheinend übertrieben waren. Die dem Schneefall folgenden Regengüsse haben, da Nachtfröste bis jetzt ausgeblieben sind, die Baumblüte günstig beeinflußt. Die Apfelbäume zeigen allenthalben eine herrliche Blütenpracht, was man von den Birnbäumen in unserer Gegend leider nicht sagen kann. Die Kirschen- und Pflaumenbäume haben anscheinend durch die rauhe Witterung nicht gelitten, ebensowenig das Beerenobst. Wenn das Wetter auch fernerhin günstig bleibt und wir von Maifrösten in den kommenden Nächten verschont bleiben, sind die Aussichten auf eine bessere Obsternte als im Vorjahre sicherlich die besten, da auch das Ungeziefer durch die rauhe und nasse Witterung gelitten haben dürfte. Die einzige Sorge für das Volk ist nur, wie sich die Preisgestaltung bei einer guten Obsternte zeigen wird.

* **Die öffentlichen Schutzpockenimpfungen** finden in der Altstadt nicht, wie kürzlich veröffentlicht, Dienstags und Mittwochs nachmittags 3 Uhr in der Schule, Neue Promenade 13, sondern Dienstag nachmittag 4 Uhr in der Schule Torstraße 13/14 (Turnhalle) und Mittwoch nachmittag 4 Uhr in der Schule, Neue Promenade 13 (Turnhalle) statt.

* **Die Herabsetzung der Milchmenge.** Nachdem die Abstempelung der Milchkarten durchgeführt ist, beträgt seit Montag diejenige Milchmenge, die auf die ungestempelten ¼-Liter-Karten (für Kinder von 2 bis 4 Jahren) abgegeben werden darf, nur noch ½ Liter. Lediglich die für Kinder bis zu 2 Jahren bestimmten, mit dem Stempelaufdruck St. C. A. Halle versehenen Milchkarten berechtigen auch weiter zum Bezuge von ¼ Liter Milch.

* **Vom Stadtbad.** Im April badeten im Stadtbad insgesamt 29 363 Personen (gegen 15 435 im selben Monat des Vorjahres), und zwar männliche 17 131, weibliche 12 232. Schwimmbäder nahmen 14 083, Wannenbäder 11 046, Brausebäder 3935 und römisch-irische Bäder 301. Der stärkste Besuch war Sonnabend, den 26. April mit 2877 Personen. — Alle Bäder sind von früh 7 bis abends 8 Uhr geöffnet. Die römisch-irischen Bäder werden offen gehalten für Herren Sonntag vormittag von 7 bis 12 Uhr, Montags und Donnerstags vormittags von 7 bis 1 Uhr, Dienstags und Freitags nachmittags von 1 bis 8 Uhr, Mittwochs und Sonnabends vormittags von 7 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr; für Damen Montags und Donnerstags nachmittags von 1 bis 8 Uhr, Dienstags und Freitags vormittags von 7 bis 1 Uhr, Mittwochs und Sonnabend nachmittags von 1 bis 4 Uhr. Die Schwimm-, Wannen- und Brausebäder sind für beide Geschlechter geöffnet an den Wochentagen von früh 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags von früh 7 bis 12 Uhr mittags.

* **Das Handelsschulwesen in Halle.** Durch Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. April 1916 waren neue Bestimmungen über die Einrichtung und Lehrpläne der öffentlichen Handelsschulen und höheren Handelsschulen ergangen. Die Verhandlungen der Stadt mit der zuständigen Schulaufsichtsbehörde darüber haben nun dazu geführt, daß die hiesige städtische Handelsschule für Mädchen (Schulhaus Klosterschule) als öffentliche Handelsschule und „höhere Handelsschule" anerkannt worden ist. Die Schule umfaßt zur Zeit fünf Abteilungen: eine Abteilung höhere Handelsschule und vier Abteilungen öffentliche Handelsschule.

Die höhere Handelsschule hat die Aufgabe, jungen Mädchen mit höherer Allgemeinbildung, die sich dem kaufmännischen Beruf oder einer ähnlichen Tätigkeit widmen wollen, hierfür eine zweckmäßige Fachbildung zu vermitteln und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen mitzuwirken. Zur Aufnahme berechtigt das Abschlußzeugnis eines Lyzeums. Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule berechtigt nach Zurücklegung der vorgeschriebenen kaufmännischen praktischen Tätigkeit zum Besuche der Handelshochschule und des Handelslehrerinnenseminars, wenn die an beiden geforderte Allgemeinbildung vorhanden ist. Als Nachweis einer ausreichenden Vorbildung für den Eintritt in die öffentliche Handelsschule gelten die Zeugnisse über den erfolgreichen Besuch der 3. Klasse eines Lyzeums, der 1. Klasse einer sechsstufigen Mittelschule, der 2. Klasse einer fünfstufigen Mittelschule, der 1. Klasse einer fünfstufigen Volksschule. Die öffentliche Handelsschule hat die Aufgabe, jungen Mädchen mit der beregten Vorbildung, die sich dem kaufmännischen Beruf widmen wollen hierfür eine zweckmäßige Ausbildung zu vermitteln. Die Ausbildungszeit in beiden Schulen erstreckt sich auf 1 Jahr. Das Schulgeld beträgt in der Abteilung höhere Handelsschule 240 M., in der Abteilung öffentliche Handelsschule mit 2 Fremdsprachen 150 M., mit einer Fremdsprache 100 M. für das Jahr.

* **Aufgefunden.** Am Sonntag nachmittag wurde die Leiche des am 26. April beim Gondeln ertrunkenen Postaushelfers an der Hafenbahnbrücke aus der Saale gelandet und nach dem Südfriedhofe übergeführt.

* **Von der Strafkammer** wird berichtet: Der Arbeiter Otto Sch. in Ammendorf war angeklagt, in der Nacht vom 6. bis zum 7. November 1917 dem Gärtner Gr. 2 Kaninchen gestohlen zu haben; er bestritt das aber beharrlich. In der Bude des Gr. befanden sich 6 Kaninchen, von denen 2 gestohlen wurden; außerdem bewahrte Gr. in einer anderen Bude ein Tesching auf, dessen charakteristische Merkmale Gr. genau angeben konnte. Dieses Tesching wurde gelegentlich einer Hausuchung bei dem Angeklagten gefunden, der angab, das Tesching sei seit 1906 sein Eigentum, während Gr. es mit der größten Bestimmtheit als das seinige in Anspruch nahm. Bei einer Hausuchung, die kurz vorher in einer anderen Sache bei Sch. vorgenommen war, wurde das bei der zweiten Hausuchung vorgefundene Tesching nicht gefunden. — Die Staatsanwaltschaft hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Diebstahls im straffcharfen Rückfalle zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, auch wird die sofortige Verhaftung des Verurteilten beschlossen.

Handel und Wandel.

29] Von F. W. Hackländer.

„So," sagte der Schneider in sehr herablassendem Tone, „hier befinden Sie sich weit besser: wie ich nach Ihrem Aussehen schließe, ohne Ihnen Komplimente machen zu wollen, scheinen Sie mir zur guten Gesellschaft zu gehören und nicht auf die Bank dorten zu passen, allwo ein sehr verdächtiger Platz ist." — „Ja, das mein ich auch," nahm ein anderer das Wort, „hab's vorhin gleich gesagt, daß Sie noch nicht oft hier waren und gewiß auch nicht mit der Polizei in schwere Geschichten verwickelt sind." — „Hat vielleicht gefochten, wie ich," meinte ein dritter. — „Hat man Sie auf dem Fechten attraviert, junger Mensch?" lachte der Schneider. „Ja, sehen Sie, es gibt im Menschenleben Augenblicke, sagte der unsterbliche Schiller, ehe sie ihm zu Stuttgart eine Bildsäule gesetzt." — „Also gefochten? Das kostet höchstens drei Tage, dann werden Sie auf den Schub gesetzt und kommen unentgeltlich nach Hause." — „Aber, meine Herren," entgegnete Philipp kleinlaut, „ich verstehe Sie in der Tat nicht. Ich bin sehr friedfertiger Natur, habe nie in meinem Leben gefochten, mag überhaupt die spitzen und scharfen Waffen nicht leiden".

Ob dieser Aeußerung lachte der Schneider übermäßig, und nachdem er sich dergeblich bei Philipp erkundigt, welches Zeichens er sei, da der Ladendiener auch diesen Ausdruck nicht kannte, setzte er ihm auseinander, daß Fechten in der Handwerkssprache so viel bedeute, als an irgendeiner geöffneten Haustür oder auf der Landstraße an einem vorbeirollenden Wagen um eine kleine Ansehne zu bitten. — Durch diese freundschaftlichen Lehren aufgemuntert, ließ der unschuldige Arrestant sich nicht lange nötigen und erzählte, durch welche Tücke des Schicksals er hierher gebracht worden sei, eine Geschichte, welche die vier nicht wenig ergötzte; namentlich schienen sie, jedoch zum großen Mißvergnügen Philipps, am Doktor Burbus viel Geschmack zu finden, und einer der Burschen meinte, das sei ein Kapitalkerl. Der Schneider aber ließ nach einer Weile wehmütig sein Haupt sinken und sagte in traurigem Tone: „Ach Gott, mit solchen Verwechslungen — das kann sehr unangenehme Ausläufe nach sich ziehen, ja, ich versichere euch, sehr unangenehme Ausläufe." — „Hast du hierin ebenfalls unangenehme Erfahrungen gemacht, Schneider" fragte einer lachend, worauf der Schneider sein Haupt noch tiefer auf die Brust senkte und zur Antwort gab: „O Gott, Bruder Danziger, dieses war der schrecklichste Augenblick meines Lebens!" — „Das soll er uns erzählen," riefen die anderen, und der Bruder Danziger setzte hinzu: „Ja, Bruder Schneider, erzähle, es wird dein armes Herz erleichtern."

Der Kleiderkünstler richtete sich auf bei dieser Anrede, geschmeichelt durch das allgemeine Verlangen, seine Geschichte zu hören, und zog seine Beine fester an, wie er es jedesmal machte, wenn er ein Hauptstück Arbeit begann, fädelte sein Gedächtnis in die spitze Zunge und begann, nachdem er vorher drei tiefe Seufzer getan: „Wenn es auch in meiner zarten Jugend gerade nicht mein Wille war, das Schneiderhandwerk zu erlernen, so mußte ich doch hierin meinem Papa selig folgen, der seines Zeichens ein Küster war und beständig behauptete, bei meinem schmächtlichen Körperbau sei das Schneiderhandwerk das einzige, wozu mich Gott mit den natürlichen Anlagen versehen. Das muß wahr sein, ich war beständig sehr friedfertiger und stiller Natur. Wenn sich die anderen Knaben herumbalgten, saß ich entfernt und schaute zu. Wißt ihr, es war damals schon so etwas Sinniges, Sentimentales in mir." — „Verstehe, verstehe," sagte der Bruder Danziger, der Schlosser, und brachte sein breites, rotes Haupt in eine bequeme Lage, indem er ein Paar kräftige Fäuste darunter stützte.

„Von allen Spielen," fuhr der Schneider fort, „wobei es galt Gefahren zu bestehen oder körperliche Kraft zu entfalten, hielt ich mich, wie gesagt, fern, und mußte deshalb viel von meinen Kameraden erleiden. Wie oft schlichen sie in die Kirche, wenn mein Herr Papa selig zur Vesper die Glocke anzog, und faßten alsdann, wenn er fort war, die Seile, um sich durch die noch hin und her schwingenden Glocken hoch gegen die Decke schleudern zu lassen; ich schrecklichen Vergnügen, das mir jedesmal Haarsträuben machte. Da ich auf diese Art so gar nicht mit meinen Kameraden harmonierte, wurde es mir nicht schwer, die Heimat zu verlassen, um in der benachbarten Stadt die Schneiderei zu erlernen. Auch war mein schwärmerischer und sinniger Charakter schuld, daß ich mir die zarteste Branche des Geschäfts erkor. Ich bildete mich zum Damenkleidermacher aus. Ich weiß nicht, für mich lag in dem Worte Damenkleidermacher so etwas Zartes, Gefühlvolles, und wenn ich in meinen Freistunden schöne, lehrreiche Bücher las, worin die Geliebte zu ihrem Geliebten sagt: O Ritter vom halben Mond, wie liebe ich dich! da dachte ich — es war vielleicht Schwachheit — wie viel schöner es klingen würde, wenn sie spräche: Ach, Damenkleidermacher, wie liebe ich dich!"

„Aha," lachte der Schlosser, „bei den Gedanken wirds lange Stiche in den Kleidern und lange Striche auf deinen Rücken gegeben haben." — „O du irrst, Danziger. Ich kann es mir zum Ruhme nachsagen, daß ich einer der fleißigsten und geschicktesten Arbeiter war. Dafür schenkte mir auch der Meister sein Zutrauen, und es dauerte nicht lange, so wurde mir das Maß anvertraut und ich durfte hier und da zu den Kunden gehen, um sie zu bedienen. Ach, das waren süße Stunden für mich, Stunden, von denen du, Bruder Schlosser, bei deinem schwarzen, sauren Geschäft und ihr anderen bei eurer Hobelbank keine Ahnung habt. Seht ihr, das Maß anlegen zu dürfen um die Taille irgendeines hübschen Mädchens, darauf den Querschnitt von der rechten Hüfte über die linke Brust bis auf die Achsel hinauf messen zu dürfen — ach, und die Fragen, die mir erlaubt waren!" — „Hm, hm!" schmunzelte der Schlosser und die beiden Schreiner leckten sich augenscheinlich an den Lippen; selbst über Philipps Gesicht fuhr eine gelinde Röte.

„Der Schneider und der Doktor," fuhr der Erzähler fort, „der Doktor und der Schneider, vor diesen beiden Geschäften genierten sich die Weiber am allerwenigsten. Ich sage euch, Leute, ich muß meine Erinnerungen gewaltsam unterdrücken: dieses Arrestlokal und jene süßen Andenken — schnderhaft! — So war ich bei meinem Meister in der Stadt von meinem sechzehnten bis zu meinem zwanzigsten Jahre, und was mich bei den Gesahren, die meine Moral rings umgaben, allein erhielt, das war, ach Gott! eine ehrerbietige reine Liebe, die ich zur Tochter meines Meisters — sie hieß Rosine — in meinem Herzen nährte. — Rosine — Damenkleidermacherin — das waren Worte, die mir, mit süßen Bildern umgeben, im Traum und Wachen vorschwebten. Ihr hättet sie aber auch sehen sollen, Leute. Zum Maß ihrer Taille höchstens Nr. 23 oder 24, dagegen der Querschnitt, o Gott! zwischen 50 und 60! dabei hatte sie schwarze feurige Augen, schönes Haar, rote Backen und schneeweiße Zähne." — Bei dieser Beschreibung machte Bruder Danziger, der Schlosser, eine kleine Bewegung und legte sich auf die Seite. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180507-12/fragment/page=0005

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Dienstag „Die deutschen Kleinstädter". Mittwoch „Gloria Arsena". Am Himmelfahrtstag (Donnerstag) kommt die Operette „Wiener Blut" zur Aufführung. Die Erstaufführung der neuen Operette von Leo Fall „Die Rose von Stambul" ist auf Sonntag abends 7½ Uhr festgesetzt. Karten sind bereits an der Kasse des Stadttheaters erhältlich.

Thalia-Theater. Am Donnerstag (Himmelfahrtstag) findet ein Gastspiel des Stadttheater-Personals statt. Zur Aufführung kommt „Heimat" von Hermann Sudermann.

Aus der Provinz.

Der Provinzial-Landtag

hat am Sonntag in Merseburg mit seinen Beratungen begonnen.

Zunächst handelte es sich um den Haupthaushaltungsplan, der eine zweiprozentige Steuererhöhung bringt. Landeshauptmann v. Wilmowsky erwähnte in seinen erläuternden Ausführungen besonders die Ergebnisse in der Elektrizitätsversorgung der Provinz und der Elektrizitätsgesellschaft Sachsen-Anhalt. Ihr bei der Gründung vorgesteckes Ziel, eine Vereinheitlichung der Elektrizitätsversorgung in der Provinz zu erreichen, sei vollkommen erreicht. Das staatliche Werk bei Wittenberg werde zwar nicht gebaut. Die Provinz sei aber an das Eisenbahnkraftwerk bei Bitterfeld angeschlossen, und es werde auch der Anschluß an das dem Staat gehörende Werk Golpa bei Bitterfeld erwogen. Weiter habe sich die Provinz durch Verträge mit andern Werken gesichert. Mit der Stromlieferung sei am 1. April begonnen worden. Einige Ueberlandzentralen seien bereits versorgt, andere sowie Städte folgten bald. Von den übrigen Unternehmungen der Provinz haben sich Provinzialbank und Lebensversicherungsanstalt gut entwickelt. Der Landeshauptmann wies am Schluß auf den Fehlbetrag von 1916 und das von 1917 zu erwartende erhebliche Defizit hin und kam dann auf die Steuererhöhung zu sprechen. Da nach den neuesten Nachweisungen das Steuersoll 48 statt 45 Millionen erbringen dürfte, habe der Provinzialausschuß beschlossen, die Provinzialsteuer nicht um 2 Proz., sondern nur um 1½ Proz., also auf 16½ Proz. zu erhöhen.

Landrat Wiesandt (Torgau) erhob große Bedenken gegen die Geschäftsführung der Gesellschaft „Sachsenland", und Oberbürgermeister Dr. Schütze (Stendal) glaubt, daß es vielleicht möglich ist, die Steuer noch um ½ Proz. zu kürzen.

Die Vorlage ging an die Kommission, ebenso geschah es mit den acht weiteren Vorlagen, darunter denjenigen der Uebernahme der Geschäftsanteile der „Eigenen Scholle" bei Sachsenland, der Neu- und Umbauten der Provinzial-Taubstummenanstalten, die Abänderung des Besoldungsplanes, die Kriegsteuerungszulagen und die Beteiligung der Provinz an der Gemeinnützigen Gesellschaft für Ansiedelung in der Ostmark.

Arbeitspferde für die Landwirtschaft.

Infolge der im Verhältnis zur Nachfrage ganz geringen Anzahl der Landwirtschaftskammer in Halle überwiesenen arbeitsverwendungsfähigen und kriegsunbrauchbaren Pferde nimmt die Bitte der zur Berücksichtigung vorgemerkten Bewerber einen solchen Umfang an, daß gar nicht damit zu rechnen ist, jemals alle Bewerber zu befriedigen. Nach festgestellten Tatsachen steht es außer Zweifel, daß viele der seit längerer Zeit vorgemerkten, aber noch nicht befriedigten Antragsteller sich inzwischen auf irgend einem andern Wege Pferde besorgt haben. Um solchen nicht noch weitere Pferde zu überweisen und dafür dringendere Fälle unerledigt lassen zu müssen, werden die alten Listen hiermit vom 5. Mai d. J. an für unwirksam erklärt und durch neuangelegte ersetzt.

Diejenigen Vorgemerkten der bisherigen Liste, die Wert darauf legen, wieder in der neuen Liste geführt zu werden, werden ersucht, der Kammer eine schriftliche Erklärung zugehen zu lassen, in der sie die eigenhändig unterschriebene Versicherung abgeben, daß es ihnen nicht möglich gewesen ist, seit dem 1. November 1917 Pferde auf irgend welchem Wege zu beschaffen. Nur solche, von denen diese schriftliche Versicherung vorliegt, werden außer den neuen Bewerbern in die neue Liste aufgenommen.

Neuanträgen kann nur nähergetreten werden, wenn eine durch das zuständige Landratsamt oder polizeilich beglaubigte Bescheinigung über nachstehende Fragen beigefügt ist: 1. Wieviel Acker bebaut sich unter dem Pfluge? 2. Wieviel Spannkraft ist vorhanden (Pferde, Ochsen und Kühe)? 3. Wieviel Pferde sind zwangsweise während des Krieges abgegeben? 4. Wann fand die Aushebung statt? 5. Wieviel Pferde sind freiwillig abgegeben? 6. Sonstige die Dringlichkeit begründende Angaben.

Da der Landwirtschaftskammer im Verhältnis zum Bedarf nur ein geringer Prozentsatz Pferde überwiesen wird, können nur die allerdringendsten Anträge berücksichtigt werden, und es darf niemand damit rechnen, den Friedensbestand an Pferden zu erreichen.

Merseburg. Ueber die Kriegsfürsorge des Kreises entnehmen wir dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht des Kreises folgende interessante Angaben: Durch die Reichszusatzunterstützungen ist dem Kreise ein Mehraufwand von monatlich 38 000 M. erwachsen. Für Reichsunterstützung müssen monatlich rund 245 000 M. aufgebracht werden. Hierzu kommen die Aufwendungen der einzelnen Gemeinden mit monatlich etwa 80 000 M. Insgesamt wurden seit Kriegsbeginn an Familienunterstützungen verausgabt 11 457 889 M., und zwar 8 418 586 M. Reichsunterstützungen, 277 621 M. Reichszusatzunterstützungen, 719 318 Mark Kreisunterstützungen und 2 041 864 M. Gemeindeunterstützungen. Das Reich hat bis jetzt 1 818 000 M. und 446 791 M. an Kreis- sowie 998 844 M. an Gemeindeunterstützungen zurückvergütet. Die Kriegerwitwen und -waisen stiegen auf 767 und 1332 gegen 514 und 845 im Vorjahre. Im ganzen Kreise sind 2099 Kriegerhinterbliebene gegen 1359 im Vorjahre verhanden. An Unterstützungen aus der Nationalspende wurden 15 837 M. bezahlt. Im laufenden Jahre werden 20—25 000 M. gebraucht. Für die Kriegerhinterbliebenen des Kreises besteht eine amtliche Fürsorgestelle, die 1874 Eingänge zu bearbeiten hatte und 1500 Personen Rat und Auskunft erteilte.

Querfurt. Uebergroßer Milchverbrauch der Selbstversorger. Der Landrat macht bekannt: Wie durch unseren Kreistierarzt festgestellt worden ist, besteht unter den Kuhhaltern immer noch die Ansicht, daß sie für sich und ihre Hausgenossen Selbstversorger) nach täglich ½ Liter Vollmilch pro Kopf und Tag verwenden dürfen. Zur Vermeidung von Bestrafungen weisen wir daher auf unsere Anordnung über Regelung des Verbrauchs von Milch hin, wonach der Höchstverbrauch der Selbstversorger an Vollmilch für den Kopf und Tag auf ¼ (ein Viertel) Liter festgesetzt worden ist.

— **Bestraft.** Der Bahnhofsaufseher Heinrich Sickfeld aus Obhausen hatte nach Abgang eines Eisenbahnzuges unterlassen, die Landstraßenweiche zurückzustellen. Infolgedessen war der später ankommende Zug auf einen Güterwagen gestoßen, und einer Schaffnerin wurden beide Beine abgefahren, an welcher Verletzung diese verstarb. Sickfeld wurde von der Strafkammer in Naumburg wegen fahrlässiger Tötung und Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Naumburg. Die Wasserverluste in den Leitungen der Hausgrundstücke nehmen fortdauernd zu, so daß die Wasserversorgung der Stadt gefährdet ist. Die regelmäßig vorgenommenen Aufforderungen, die Wasserverlustquellen von allen ungewöhnlichen Leitungsgeräuschen in Kenntnis zu setzen, hat heute größere Bedeutung denn je, und der Magistrat ersucht deshalb die Bürgerschaft erneut, vor allen Dingen Undichtigkeiten an Zapfhähnen und Abortspülungen schnellmöglich beseitigen zu lassen. Ein Zapfhahn der hier üblichen Größe, der 100 Tropfen minutlich entläßt, verursacht einen 24stündigen Wasserverlust von rund 45 Litern, die gewöhnlichen Undichtigkeiten an Abortspülungen zeigen noch unseren Erfahrungen nicht selten Wasserverluste von 600 Litern und mehr täglich. Die Bürgerschaft wird deshalb dringend ersucht, der Dichtigkeit der Entnahmestellen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und mit Rücksicht auf die täglich wachsenden Schwierigkeiten der Wasserversorgung auch jeden nicht unbedingt nötigen Verbrauch von Wasser zu vermeiden.

— **Das diesjährige Prüfungsgeschäft für Militärinvaliden, Rentenempfänger und Kriegsrentenempfänger aus dem Landwehrbezirk Naumburg a. S.** findet vom 27. bis 28. Mai 1918 in Bilzoda, vom 29. bis 31. Mai 1918 in Cölleda, vom 1. bis 4. Juni 1918 in Heldrungen, vom 5. bis 7. Juni 1918 in Wiehe, vom 8. bis 18. Juni 1918 in Naumburg a. S., vom 19. bis 25. Juni 1918 in Mücheln und vom 26. bis 29. Juni 1918 in Querfurt statt. Alle Invaliden, Rentenempfänger und Kriegsrentenempfänger, bei denen die Nachprüfung von Amts wegen im Jahre 1918 erforderlich ist und die infolge der Mobilmachung nicht eingezogen sind, erhalten hiergu noch einen besonderen Gestellungsbefehl.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 6. bis 12. Mai gelangen zur Verteilung: auf Lebensmittelmarken Nr. 133: 125 Gramm Weißkohl-Sauerkraut, Preis 6 Pf., am Dienstag in den Geschäften; Nr. 136: 75 Gramm Haferfabrikate, Preis 8 Pf. am Freitag, dort, wo die Ware bestellt ist; Nr. 137: 250 Gramm Marmelade, Preis 46 Pf., ebenfalls am Freitag in allen Geschäften.

Bitterfeld. Die Lebensmittelversorgung. Nach einer soeben ergangenen Anordnung haben die Bäcker zur Bereitung von Schwarzbrot 85 Teile Roggen- und 15 Teile Weizenmehl zu mischen. Wird Gerstenmehl geliefert, so sind 60 Teile Roggen-, 25 Teile Gersten- und 15 Teile Weizenmehl zu nehmen. Bei Lieferung von Misch- und Gerstenmehl hat die Mischung durch 75 Teile Misch- und 25 Teile Gerstenmehl zu erfolgen. — In bezug auf die Eierversorgung gibt der Kreisausschuß bekannt: Die Kreiseingesessenen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf Zuteilung von Eiern nur in der jetzigen Hauptlegezeit der Hühner zu rechnen haben. Es liegt also in ihrem eigenen Interesse, wenn sie sich rechtzeitig von den zugeteilten Eiern einige für den Winter einlegen.

— Ueber die Aufbringung von Schlachtvieh erläßt der Kreisausschuß folgende Bekanntmachung: Infolge der außerordentlich hohen Zahl Schlachtvieh, die der hiesige Kreis für die Heeresverwaltung und zur Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Fleisch aufzubringen hat, ist es leider unvermeidlich, daß in die Milchviehbestände eingegriffen wird. Um die Milcherzeugung nicht all zu sehr zu schädigen, sollen die Rindviehbestände derjenigen Besitzer, die im Verhältnis zur Zahl ihrer Kühe viel Milch abliefern, nach Möglichkeit geschont werden. Wir werden durch regelmäßige Einsichtnahme in die Bücher der Molkereien die erforderlichen Feststellungen treffen.

Gewerkschaftliches.

14. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

r. r. **Leipzig**, 6. Mai.

Der Berufstag, der von 36 Delegierten, 5 Vorstandsmitgliedern und dem Ausschußvorsitzenden besucht ist, wurde heute vormittag im Volkshause eröffnet. Als Gäste sind Nielsen-Kopenhagen für die drei skandinavischen Bruderverbände und Fischer-Zürich für die schweizerische Organisation anwesend. Die Generalkommission vertritt Kube-Berlin.

Nach den üblichen Begrüßungsreden konstituierte und ergänzte von Kommissionen erstattete Verbandsvorsitzender Allmann-Hamburg den Geschäftsbericht. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und gab hiezu eine Ergänzung. Auf früheren Tagungen, sagte Allmann, habe er mit Stolz und Freude über die Ausbreitung des Verbandes berichtet, heute dagegen sei er mit bitterer Wehmut erfüllt, wenn er die Mitgliederzahlen sich vor Augen halte. Doch habe der Krieg auch eine angenehme Enttäuschung gebracht. Die Gewerkschaft sei noch da, übe ihre statutengemäßen Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber ein und übe selbst im Zeichen des Krieges einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. Allmann besprach die einzelnen Phasen der Tätigkeit des Vorstandes in der Berichtszeit eingehend und ging dann auf die zum Vorstandsbericht vorliegenden Anträge ein, die sich gegen die Politik der Gewerkschaften wenden. Der Vorstand stehe zu den Beschlüssen der Konferenzen der Gewerkschaftsvorstände und der Generalkommission und verteidigte sie mit aller Energie, weil er der Ueberzeugung sei, daß diese Beschlüsse zur wirksamen Interessenvertretung der Arbeiterschaft unbedingt notwendig waren. Wo sei die Regierungspolitik einseitig durch die Gewerkschaften gefördert worden? Die Generalkommission habe in ihren Eingaben die Fehler der Regierung und Behörden in der mangelhaften Rationierungs- und Ernährungsfrage aufs schärfste gegeißelt. Dem Antrag Bremen, daß die Generalkommission und auch der Verband in Zukunft auch die Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei als Vertretung der Arbeiterpartei anerkenne, widerspricht Allmann entschieden. Es wäre ein Stoß für eine Gewerkschaft, die auf dem Zusammenhalt ihrer Mitglieder basiere, wenn sie sich an Organisationszersplitterer der politischen Arbeiterpartei wenden würde.

Den Kassenbericht erstattete Freytag-Hamburg, der die finanziellen Verhältnisse der Organisation eingehend besprach. Er könne leider kein günstiges Bild der Finanzen geben. In den letzten drei Kriegsjahren habe sich ein Defizit von 29 000 M. ergeben.

In dem Bericht über das Verbandsorgan ging Redakteur Weidler auch auf die Kriegspolitik der Gewerkschaften ein und deckte dabei die allgemeine Haltung der Generalkommission. Er betonte, ein Grund zum Unfrieden habe für ihn nicht vorgelegen. Das Verbandsorgan habe keine andere Stellung eingenommen wie auch vor dem Krieg. Es habe früher eine gemäßigte Politik vertreten und heute auch. Die Redaktion habe aber auch noch nie verleugnet, daß sie nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Die Bestrebungen auf Einigkeit in der Arbeiterbewegung werde die Redaktion in der Ueberzeugung unterstützen, daß eine solche Einigkeit nicht unmöglich sei.

An die Berichte schließt sich eine lebhafte Diskussion, die heute nicht mehr beendet wurde. Sie dreht sich in der Hauptsache um die gewerkschaftliche Kriegspolitik, die Haltung der Generalkommission. Zunächst kamen meist Redner der Opposition zum Wort. In sehr ausführlicher Rede bekämpfte Barth (Berlin) die Haltung des Verbandsorgans und der Generalkommission. In der Organisation seien zwei Strömungen vorhanden, in der Zeitung käme aber nur eine Richtung, die der Mehrheit zum Ausdruck. Er unterstütze darum einen Antrag Dresden, daß das Fachblatt politisch neutral gehalten sein soll. Die Art, wie sich die Generalkommission in der Kriegszeit betätigt habe, rufe die schärfste Kritik hervor. Der Vorstand sei an der Tätigkeit der Generalkommission mitschuldig, denn er habe immer Ja und Amen zu allem gesagt, was die Generalkommission getan habe. Den Burgfrieden halte man wohl den Bürgerlichen gegenüber, nicht aber seinen eigenen Genossen gegenüber. Das Flugblatt der Generalkommission gegen den Streik sei in der Sprache der Gelben geschrieben worden. — Andere Redner sprachen in ähnlichem Sinne. Ein Bremer Delegierter verlangte besonders, daß die J. K., die politische Brunnenvergiftung betreibe, nicht mehr auf Verbandskosten gehalten werde.

Morgen geht die Auseinandersetzung weiter.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hat sein Jahrbuch 1917 herausgegeben. Es repräsentiert sich als ein stattlicher Band von 415 Seiten und enthält eine Fülle Material allgemeinen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Inhalts. Das Buch kann als ein Muster gewerkschaftlicher Tätigkeit bezeichnet werden. Es ist im Verlag von O. Allmann, Hamburg, Besenbinderhof 57, erschienen und kostet 2 Mark.

Soziales.

Zur Lebenshaltung städtischer Familien im dritten Kriegsjahr.

Von einer Erhebung des Kaiserlichen Statistischen Amts über Lebenshaltung städtischer Familien im April 1917 sind 342 Fragebogen auszufüllt zurückgelangt, die 181 Familien mit 803 Köpfen in Groß-, 85 mit 416 Köpfen in Mittel- und 76 mit 375 Köpfen in Klein- und Landstädten, im ganzen 1504 Familienmitglieder betrafen (917 Erwachsene, 254 Kinder vom 11. bis 16. Lebensjahr, 380 vom 1. bis 10. Jahr und 43 Säuglinge bis zu 1 Jahr. Erwerbstätig waren 512 Personen, und zwar in 224 Familien nur eine, in 79 zwei, in 26 drei und in 18 Familien vier oder mehr Personen.

Nach den Feststellungen über das monatliche Familieneinkommen war am stärksten — mit 120 Familien — die Einkommensstufe von 201—300 M. besetzt; die von 301—400 M. war mit 87, die von 101—200 M. mit 85 Familien vertreten; ein monatliches Einkommen unter 100 M. hatten nur 5, ein solches über 500 M. 16 und zwischen 401 und 500 M. 29 Familien. Auf den Kopf eines Familienmitglieds entfiel ein Einkommensbetrag von 50 M. in 106 Familien, von 51—75 M. in 122, von 76—100 M. in 62, von über 100 M. in 52 Familien. Eine Unterscheidung nach dem Berufe des Haushaltsvorstandes ergibt folgendes Bild: er war höherer Beamter in 9 Fällen, mittlerer Beamter in 81, Unterbeamter in 31, Privatangestellter in 31, Arbeiter in 100, den freien Berufen angehörig bzw. Rentner in 27, Kriegerfrauen oder Witwe in 11, unermittelten Berufs in zwei Fällen. Dem Beruf nach gehörten somit die meisten Familien dem mittleren Bürgerstande an, denn von den Arbeitern waren weitaus die meisten gelernte, gehobene Arbeiter. Bei den höheren Beamten war das durchschnittliche monatliche Familieneinkommen mit 662.24 M. am höchsten, bei den Kriegerfrauen mit 153 M. am geringsten. Ueber dem allgemeinen Durchschnitt standen noch an zweiter Stelle die freien Berufe und Rentner (welcher Gruppe auch die 2 Haushaltungsvorstände unermittelten Berufs zugezählt sind) mit 430.50 M. und an dritter Stelle die mittleren Beamten mit 327.60 M. Dagegen lag ein Einkommen der Privatangestellten, die mit durchschnittlich 288.79 M. an vierter Stelle standen, unter dem allgemeinen Durchschnitt. Bemerkenswert ist, daß das durchschnittliche Einkommen in Arbeiterfamilien mit 237.36 M. höher war als in den Unterbeamtenfamilien, bei denen nur ein Durchschnittseinkommen von 228.60 M. ermittelt wurde.

Besonderes Gewicht war bei der Erhebung auf die Forderung genauer Eintragung der Ausgaben und des Verbrauchs der einzelnen Nahrungsmittel gelegt. Die für den Monat April 1917 ermittelten Ausgaben wurden, zunächst auf eine Verbrauchseinheit, eine voll verbrauchende Person, bezogen. Als solche wurde angesehen: jede erwachsene männliche wie weibliche Person, die Kinder im Alter von über 11 Jahren und je zwei Kinder im Alter von 1 bis 11 Jahren; Säuglinge blieben außer Ansatz. Die Zahl der Verbrauchseinheiten, im folgenden kurzweg „Köpfe" genannt, obwohl es sich nicht um die wirkliche Personenzahl handelt, betrug in den erfaßten 342 Familien 1888. Im Gesamtdurchschnitt beliefen sich die Ausgaben einer voll verbrauchenden Person im Monat April auf 75.58 M. Davon wurden für Nahrungs- und Genußmittel in und außer dem Hause 38.57 gleich 51.03 v. H. aufgewendet, für Kleidung, Schuhzeug, Wäsche und Ausbesserungen 9.45 M. gleich 12.50 v. H., für Miete 8.51 gleich 11.26 v. H., für Heizung und Beleuchtung 4.11 M. gleich 5.44 v. H., für sonstige Bedürfnisse 14.94 M. gleich 19.77 v. H., hiervon für Kulturbedürfnisse (Bücher, Zeitungen, Arzt, Apotheke, Bäder, Versicherungen, Vereine, Vergnügen und Sport 5.68 M. gleich 7.52 v. H., für Steuern 1.82 gleich 2.41 v. H. ausgegeben.

Vermischtes.

Vom deutschen Graphit. Der deutsche Graphit hat während des Krieges an die Stelle des besonders für Schmelztiegel mit Vorliebe verwendeten Ceylongraphits treten müssen und sich nach den bisherigen Erfahrungen auch durchaus bewährt. Ueber die Verwendung der Graphitbleistifte schon im Mittelalter macht in der Zeitschrift für angewandte Chemie Feldhaus beherzigenswerte Mitteilungen. So ist die Handschrift des um das Jahr 1100 lebenden Mönches Theophilus in der Bibliothek zu Wolfenbüttel zweifellos mit Graphitstiften linieret. Der erste Graphitstift wurde im Jahre 1565 von Conrad Gesner beschrieben, der einen zum Schreiben gemachten Stift abbildet „aus einer gewissen Art Blei, zu einer scharfen Spitze abgeschnitten und in eine hölzerne Handhabe eingelegt". Das Wort Graphit findet sich erst etwa 10 Jahre später im deutschen Sprachschatz, früher sprach man von einem Gewerbe der „Bleiweißstiftmacher". Als erster Bleiweißstiftmacher in Nürnberg wird Friedrich Staedtler genannt, 1662, und seitdem in Nürnberg der Sitz der Bleistiftindustrie geblieben. 1731 erhielten die Nürnberger Bleistiftmacher eine selbständige Handwerksordnung, und zum Schutz ihrer Waren durften sie den Nürnberger Stadtadler auf jeden Bleistift pressen. Eine der bekanntesten Nürnberger Bleistiftfabriken ist die von Caspar Faber, die 1761 gegründet wurde. 1794 gelang es dem Franzosen Conte, durch Vermischen von gemahlenem Graphit mit gemahlenem Ton Bleistifte beliebiger Härtegrade herzustellen, und dies Verfahren wurde dann 1804 von Hardtmuth in Wien aufgenommen.

Entdeckung von Diamantenfeldern. Auf der großen Insel Borneo war das Vorkommen von Diamanten seit langem bekannt, aber die Felder sind vor kurzem neu entdeckt worden und sollen nun auch einer Bewertung zugeführt werden. Die Diamanten finden sich auf holländischem Gebiet, aber die Engländer haben es verstanden, den Diamantenhandel nach dem alten Hofstift der Diamantenschleiferei in Amsterdam zu verhindern, da sie die Diamantenindustrie ganz nach England selbst verlegen möchten, wieder ein Pröbchen der zarten Rücksicht der Engländer gegen das wirtschaftliche Wohlergehen der kleinen Staaten.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180507-12/fragment/page=0006